

## Protokoll Einwohnerrat Wohlen

Sitzung vom 23. Januar 2017 von 19:00 bis 22:15 Uhr im Casino Wohlen

---

**Vorsitz** Andrea Duschén, Präsident

**Protokollführung** Michelle Steinauer, Gemeindeschreiber-Stv.

**Präsenz** **Einwohnerrat**  
Mitglieder des Einwohnerrats: 37  
Absolutes Mehr: 19  
Zweidrittelsmehr: 25

**Gemeinderat**  
Paul Huwiler, Vizeammann  
Bruno Breitschmid, Gemeinderat  
Ruedi Donat, Gemeinderat  
Roland Vogt, Gemeinderat  
Urs Kuhn, Gemeinderat  
Arsène Perroud, Gemeinderat

**Weitere Anwesende**  
Roland Konrad, Leiter Abteilung Planung, Bau und Umwelt  
Beat Isler, TBF + Partner AG  
Patrick Amstutz, Finanzverantwortlicher Eisbahn Wohlen Genossenschaft  
Matthias Fricker, Fricker Seiler Rechtsanwälte  
Guido Meienhofer, Effen Ingenieure GmbH  
Rafael Breitschmid, Twerenbold Consulting GmbH  
Beat Steinmann, Steinmann Ingenieure und Planer AG  
Franco Corsiglia, Präsident der SPF  
Rolf Stadler, Präsident der SLK  
Simon Trottmann, Abteilung Planung, Bau und Umwelt

**Entschuldigungen** Walter Dubler, Gemeindeammann  
Daniela Oftinger, CVP  
Magdalena Küng, Grüne  
Sebastian Berns, GLP

## **TRAKTANDEN**

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Bericht und Antrag 13130 Ordentliche Einbürgerungen
3. Kenntnisnahme Jahresbericht 2015/2016 der Schule Wohlen (13124)
4. Bericht und Antrag 13129 Haustechniksanierung im Schulzentrum Bünzmatt
5. Bericht und Antrag 13128 Sportzentrum Bünzmatt – Vertragsabschlüsse mit Dritten und externe Gesamtprojektleitung
6. Bericht und Antrag 13126 Periodische Wiederinstandstellung (PWI) der Hauptwege, Hofzufahrten und Drainagen im Landwirtschaftsgebiet
7. Bericht und Antrag 13127 Erneuerung Entwässerungsanlage (Drainage) im Gebiet Obermatte
8. Postulat Zukunftsgestaltung des Kindes- und Erwachsenenschutzdienst (KESD) für die Gemeinde Wohlen/Anglikon
9. Postulat 13121 betreffend Antrag auf Amtsenthebung von Walter Dubler
10. Antwort zur Anfrage 13098 betreffend Betriebs- und Gestaltungskonzept Zentralstrasse, Stand der Arbeiten

Duschén Andrea, Präsident:

### **Eingänge**

Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 9. Januar 2017 zu verzeichnen:

- Rücktritt von Roger Isler aus dem Einwohnerrat per Ende Februar 2017

### **Demission aus dem Einwohnerrat**

Duschén Andrea, Präsident: Verliest das Rücktrittschreiben von Roger Isler, welcher aus dem Einwohnerrat per Ende Februar 2017 demissionieren wird.

**Bericht und Antrag 13130 Ordentliche Einbürgerungen**

---

Büchi Roland, Präsident EBK: Schon früh in diesem Jahr stehen die Einbürgerungen wieder an. Im vergangenen Jahr wurde nur an einer Sitzung des Einwohnerrates Einbürgerungsgesuche behandelt. Nicht weil sich niemand einbürgern lassen wollte, sondern weil es terminlich nicht anders ging.

Gerne möchte ich Sie vorab über das neue Bürgerrechtsgesetz sowie die dazugehörige Verordnung, welche auf Bundesebene beschlossen wurde und am 1. Januar 2018 in Kraft tritt, informieren. Wie Sie sicherlich schon gehört haben, wird es ab dem 1. Januar 2018 einige Änderungen im Bürgerrechtsgesetz geben. Gerne teile ich Ihnen ein paar Änderungen mit:

- Das revidierte Bürgerrechtsgesetz sieht unter anderem vor, dass sich nur noch Personen einbürgern lassen können, welche über eine Niederlassungsbewilligung C verfügen.
- Der Mindestaufenthalt in der Schweiz ist neu 10 Jahre anstatt 12 Jahre.
- Der Gesuchsteller muss hier in unserem Fall Deutsch in Wort und neu Deutsch in Schrift beherrschen.

Wie der Test genau aussieht und wie er gewertet wird, dies kann ich Ihnen zum heutigen Zeitpunkt noch nicht sagen.

Als integriert gilt wer:

- Sprachkenntnisse in einer Landessprache ausweist. Dies ist in unserem Fall Deutsch.
- Die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie die Werte der Bundesverfassung achtet.
- Am Wirtschaftsleben oder am Erwerb von Bildung teilnimmt.
- Sich um die Integration der Familie kümmert
- Zudem müssen einbürgerungswillige Personen mit den hiesigen Lebensverhältnissen vertraut sein und dürfen die innere und äussere Sicherheit der Schweiz nicht gefährden.

Strafurteile sind bereits heute ein Einbürgerungshindernis. Der Bund verweigert die Einbürgerung, wenn ein Eintrag im Strafregisterauszug vorhanden ist. Eine Einbürgerung sollte ferner nicht möglich sein, wenn die einbürgerungswillige Person in den letzten drei Jahren vor Gesuchseinreichung Sozialhilfe bezogen hat oder während dem Einbürgerungsverfahren Sozialhilfe abhängig ist. Davon ausgenommen ist, wer in den drei Jahren unmittelbar vor der Gesuchstellung die bezogene Sozialhilfe zurückbezahlt hat. Einige der Änderungen werden schon heute von der Einbürgerungskommission angewendet. Beim Kanton wird das Kantonale Bürgerrechtsgesetz ebenfalls geändert respektive angepasst. Anfangs dieses Jahres gelangt es in den Grossen Rat. Sobald ich über neue Informationen verfüge, werde ich Sie sehr gerne darüber informieren.

Die Einbürgerungskommission hat sich mit 34 Gesuchen respektive total 52 Gesuchstellern befasst. Es gab auch hier zum Teil sehr interessante Gespräche. Die meisten Gesuchsteller haben sich gut bis sehr gut auf den Staatskundetest vorbereitet. Einige der Gesuchsteller konnten sogar 100% der Fragen richtig beantworten im Staatskundetest. Es hatte jedoch auch einige wenige Gesuchsteller, welche eher ein mässiges Resultat erreicht haben. Mit diesen Gesuchsteller haben wir dann ein Gespräch geführt, um herauszufinden, weshalb es nicht optimal beim Staatskundetest lief. Nach einem klärenden Gespräch vor der gesamten Einbürgerungskommission, konnten die letzten Zweifel ausgeräumt werden. Wir sind mehrheitlich zum Entschluss gekommen, dass man auch diese Gesuchsteller zur Weiterleitung empfiehlt. Zu Fragen betreffend Kanton und Wohngemeinde konnten praktisch alle Fragen zur vollsten Zufriedenheit beantwortet werden. Ein Gesuch mit total vier Gesuchstellenden haben die Voraussetzungen nicht erfüllt. Ihnen wurde empfohlen, das Gesuch zurückzuziehen. Die restlichen 48 Gesuchsteller mit total 33 Gesuchen erfüllen alle Einbürgerungsvoraussetzungen und sind bestens assimiliert und integriert. Die Einbürgerungskommission empfiehlt Ihnen, den 48 Gesuchstellern das Gemeindebürgerrecht der Gemeinde Wohlen zuzusichern.

## Abstimmungsprotokoll

Ordentliche Einbürgerung (Zusicherung des Gemeindebürgerrechtes)

Zahl der Anwesenden 37

Eingelegte Stimmzettel 37

**Gültige Stimmzettel** 37

Das Ergebnis lautet:

Zusicherung erteilt

	JA	NEIN	UNGÜLTIG/LEER	TOTAL STIMMEN	
Andric Ana	27	10	-	37	<input checked="" type="checkbox"/>
Asllani Nepe	28	9	-	37	<input checked="" type="checkbox"/>
Asllani Shqiponje	28	9	-	37	<input checked="" type="checkbox"/>
Asllani Shqipresa	28	9	-	37	<input checked="" type="checkbox"/>
Asllani Ymer	28	9	-	37	<input checked="" type="checkbox"/>
Atanasova Elena	29	8	-	37	<input checked="" type="checkbox"/>
Bagarozza Michela	33	4	-	37	<input checked="" type="checkbox"/>
Bagnara Bruno	33	4	-	37	<input checked="" type="checkbox"/>
Barth Christoph und Barth Silke mit den Töchtern Josie Faye und Annie Amaya	32	5	-	37	<input checked="" type="checkbox"/>
Gashi Florent	29	8	-	37	<input checked="" type="checkbox"/>
Gashi Naim und Gashi Milihate mit Sohn Hysen	28	9	-	37	<input checked="" type="checkbox"/>
Halimi Liridon	28	9	-	37	<input checked="" type="checkbox"/>
Hossain Sumaya	27	10	-	37	<input checked="" type="checkbox"/>
Iljazi Nedjbedin und Iljazi Vjollca mit den Kindern Hikmete und Alvin	28	9	-	37	<input checked="" type="checkbox"/>
Jeganathan Jenaath	27	10	-	37	<input checked="" type="checkbox"/>
Jeganathan Jevinth	27	10	-	37	<input checked="" type="checkbox"/>
Jeyakumar Subitha	27	10	-	37	<input checked="" type="checkbox"/>
Kajdic Sejla	29	8	-	37	<input checked="" type="checkbox"/>
Krasniqi Argjend	28	9	-	37	<input checked="" type="checkbox"/>
Krasniqi Lorik	28	9	-	37	<input checked="" type="checkbox"/>
Miftari Merita mit den Töchtern Alea und Erina	29	8	-	37	<input checked="" type="checkbox"/>
Mijucic David	27	10	-	37	<input checked="" type="checkbox"/>
Mijucic Stefan	27	10	-	37	<input checked="" type="checkbox"/>
Mustafa Jaser	28	9	-	37	<input checked="" type="checkbox"/>
Mustafa Medina	28	9	-	37	<input checked="" type="checkbox"/>

	JA	NEIN	UNGÜLTIG/LEER	TOTAL STIMMEN	
Mustafaj Edukata	28	9	-	37	☒
Pathmaraj Ninthuja	27	10	-	37	☒
Sadeqi Samir mit den Kindern Zainab Jasna und Rohlla	27	10	-	37	☒
Say Alina Angelina Sarin	29	8	-	37	☒
Selvaratnam Dineshan	27	10	-	37	☒
Shala Faik und Shala Sevdije mit den Kindern Sokol und Valjeta	28	9	-	37	☒
Sivagnanamoorthy Sujitha	27	10	-	37	☒
Ukehaxhaj Arberita	28	9	-	37	☒

Hoffmann Thomas, GPK: Alle Jahre wieder kommt der Jahresbericht der Schule Wohlen vor die GPK und anschliessend vor den Einwohnerrat. Manchmal früher und manchmal ein bisschen später. Alle Jahre wieder schauen gewisse Einwohnerräte auf die Rechtschreibfehler und andere auf den Inhalt. Alle Jahre wieder wird über den Sinn oder Unsinn vom Umfang des Jahresberichtes diskutiert. Alle Jahre wieder gibt es Anhänger und Gegner vom Jahresbericht in der umfassenden Form. Alle Jahre wieder wird bemängelt, dass nur positives im Jahresbericht erwähnt wird und nie etwas Negatives. Denn auch dies passiert schliesslich an der Schule Wohlen. Alle Jahre wieder wird allen Personen gedankt, welche am Jahresbericht mitgearbeitet haben und die Arbeit im Nebensatz gerade wieder zu relativieren. Alle Jahre wieder nimmt der Einwohnerrat Mal mit etwas weniger und Mal mit etwas mehr Nebentöne den Jahresbericht von der Schule Wohlen zur Kenntnis. Und ich behaupte, dass dies auch in diesem Jahr so ist. Die GPK hat den Jahresbericht 2015/2016 von der Schule Wohlen mit dem Dank an die mit der Stellung beauftragten Personen und allen an der Schule Wohlen engagierten Personen zur Kenntnis genommen und empfiehlt Ihnen, dasselbe zu tun.

### **Fraktionsmeinungen**

Manimanakis Corinne, SP: Ich gebe die Fraktionsmeinung der SP zum Schuljahresbericht 2015/2016 bekannt. Ja alle Jahre wieder, so beginne ich auch. Es wird uns jeweils bewusst, wie gross das der ganze Apparat der Schule Wohlen ist. Wie viele Schulleiter, Lehrpersonen, Kindergartenlehrpersonen und Fachleute da tätig sind. Von Klassenassistenten über Schulergänzende Betreuungspersonen bis zur Schulsozialarbeit und der Musikschule, welche gut funktionieren. Es ist ein lebendiges Miteinander mit vielfältigen Nationen. Wir nehmen den Schulbericht dankend zur Kenntnis und möchten jedoch noch eine Anmerkung anbringen. Wir hätten einen Infoabend oder einen Zusatzbericht begrüsst, welcher zukunftsorientiert gerichtet ist. Somit wüssten wir, was die Schule in der nächsten Zeit beschäftigt und worauf wir uns nebst der Schulraumplanung gefasst machen müssen.

Keller Samuel, FDP/Dorfteil Anglikon: Der Schulbetrieb in Wohlen funktioniert. Es wird professionell und mit Engagement gearbeitet und zwar auf das Ziel hin den schweizerischen hohen Bildungsstand zu halten und weiter zu festigen. Es freut mich, dass in diesem Jahr die Umstellung auf das neue Schulsystem 6/3 und die Einführung der neuen Informatik-Anlage gelungen ist. An der Planung vom Lehrplan 21 wird die Grossschule Wohlen einbezogen. Dies ist sehr wichtig. Die Suppe wird zwar auf nationaler und kantonaler Ebene gekocht, was jedoch daraus wird, müssen wir auf kommunaler Ebene herauslöffeln. Hier müssen wir Politiker und Vertreter der Schule schauen, dass diese auch geniessbar wird. Auf der Stufe Gemeinde haben wir mit dem Schulhausbau noch eine grosse Hausaufgabe. Der Prozess ist noch nicht störungsfrei in Gang gesetzt. Der Einwohnerrat wartet noch auf den nächsten Vorschlag vom Gemeinderat. Ich wünsche mir, dass es bald weiter geht und dass es zu einem guten Gelingen kommt.

Ich habe den Schulbericht ein bisschen präziser gelesen und die speziellen Themen herausgesucht. Besonders aufgefallen ist mir, dass Franco Corsiglia sowie Rolf Stadler von vermehrten juristischen Auseinandersetzungen zwischen der Schule und den Eltern berichten. Die Thematik betreffend den Rekursen muss im Auge behalten werden, denn die Entwicklung ist alarmierend. Ebenfalls beklagen sich die beiden über die steigende Bürokratisierung im Schulwesen. Das ist zwar leider ein Thema, das bei den Lehrern schon zu einem grossen Problem geworden ist, das jedoch in Aarau behoben werden muss. Wir können diesbezüglich nur Feedbacks an den nach Aarau geben und so versuchen, einen Sinneswandel anzustossen. Den Lehrern an der Front und der Verwaltung möchte ich für ihren Einsatz ganz herzlich danken. Ich hoffe, dass ihnen aufgrund der kantonalen Sparübungen und den provisorischen Schulgebäuden die Energie im Jahr 2017 erhalten bleibt. Die Bildung ist unser Rohstoff und bestimmt im Wesentlichen über den Erfolg unserer zukünftigen Generationen. Mir ist bewusst, wie hart die Lehrer und die Verwaltung arbeiten und sich aufopfern müssen. Deshalb habe ich einen grossen Wunsch: „Bleiben Sie alle gesund!“

Palmieri Marco, SVP: Gerne verdankt die SVP Fraktion den vorliegenden Schulbericht. Aufgrund unserer Fraktionsdiskussion geben wir folgende Anmerkungen bekannt. Im Schulbericht wird nur Positives erwähnt. Ich frage mich, ob dies effektiv so ist. Auf Seite 36 im Berichtsjahr 2016 sind in der 4. Bezirksschule 144 Schüler und Schülerinnen aufgeführt. Davon haben 125 Schüler und Schülerinnen die Abschlussprüfung bestanden. 19 Schüler, das entspricht 13%, haben nicht bestanden. In den letzten Jahren wurde nie eine solche Quote registriert. Ich frage mich, wieso man diesen Punkt im Bericht nicht anspricht und auf die möglichen Gründe eingeht. Genau dies wäre in einem Schulbericht wichtig. Die Ursachen festhalten und mögliche Verbesserungen ableiten. Leider gibt es zukünftig aufgrund der Abschlussprüfungsbeschaffung das kantonale Eichinstrument nicht mehr. Wir bedauern dies sehr. Weiter frage ich mich, was mit den Videos ist, in denen alkoholisierte Kinder an den Feten unter Lehreraufsicht zu sehen sind oder Kinder in der 3. oder 4. Oberstufe, welche auf dem Pausenplatz rauchen.

In Anbetracht der Abteilungen und der Klassengrößen sehen wir im Bezug zu Ressourcenverordnung vom Kanton folgendes Wachstumspotenzial in den einzelnen Klassenstufen:

<b>Schulstufe</b>	<b>Wachstum</b>
Primarschule	+ 148 Schüler
Realschule	+ 84 Schüler
Sekundarschule	+ 92 Schüler
Bezirksschule	+ 49 Schüler

Wenn wir dies alles zusammenrechnen, haben wir in der Primar- und Oberstufe 373 Schüler, welche wir aufnehmen könnten gemäss der Ressourcenverordnung. Das Wachstumspotenzial wäre mit der heutigen Schulplanung zu übereinstimmen. Ein weiteres Thema ist, dass 44% von allen Schülern einer ausländischen Nation angehören und somit nicht Schweizer sind. Zudem erlernen lediglich 84 Schüler und Schülerinnen, welche ausgetreten sind, eine Berufslehre. Im Schuljahr 2014/2015 waren es noch 139 Schüler.

Der Schulbericht sollte einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gegeben werden. Als PDF-Datei auf der Homepage von Wohlen und auf der Homepage der Schule Wohlen. Ich habe gesehen, dass es herunterladbar ist, jedoch ist es der Schulbericht 2014/2015. Es wäre vielleicht an der Zeit diesen Punkt anzupassen. Ebenfalls sollte man allen Kindern ein Flugblatt abgeben mit dem Hinweis zum Download. So könnte man die Anzahl Downloads messen und prüfen, wie gross das Interesse in der breiten Öffentlichkeit wirklich ist. Auch wenn der Bericht ein offizieller Bestandteil des Geschäftsberichtes von der Gemeinde Wohlen ist, handelt es sich bei diesem Jahresbericht in der Zwischenzeit um ein 15-jähriges Werk. Es ist verbesserungswürdig und betreffend der Bekanntgabe einfacher zu gestalten mit den heutigen Kommunikationsmitteln auf dem elektronischen Weg an die Eltern.

Frischknecht Julia, GLP/EVP: Auch wir möchten allen ganz herzlich danken, die am Schuljahresbericht gearbeitet haben. Wir finden, dass der Bericht grundsätzlich gelungen ist. Dass man nicht alle negativen Angelegenheiten darin erwähnt wie Alkohol und Tabakkonsum, kann ich noch auf eine gewisse Art und Weise verstehen. Ich finde, man muss bezüglich der Aussage wie viele Schüler man in den Stufen mehr aufnehmen könnte aufpassen. Man kann nicht einfach sagen, wir haben noch 20 Primarschüler. Es wären zwar fünf Schüler für die 2. Klasse aber zwei Klassen sind bereits voll, daher stecken wir sie einfach in die 3. Klasse. Irgendwie geht das vielleicht mathematisch auf dem Papier auf, aber mit der Umsetzung in die Praxis gestaltet es sich durchaus schwierig. Ebenfalls kommt dazu, dass grössere Klassen auch grössere Probleme mit sich bringen könnten. Dies betrifft auch aktuell die Integrative Schule, welche wir vor allem in der Primarschule haben. Den Lehrkräften wird schon relativ viel zugemutet. Man sollte allenfalls vorher ausprobieren, ob eine Umsetzung funktionieren kann oder ganz einfach vorsichtig sein mit solchen Vorschlägen.

Burkard Simone, CVP: Die CVP möchte zuerst allen den Dank aussprechen für die mühevollen Arbeit und natürlich gilt einen besonderen Dank allen Lehrpersonen, welche immer mit voller Tatkraft dabei sind. Wir hatten lediglich über einen einzigen Punkt eine Diskussion und zwar über die motivationslosen Schüler und Schülerinnen schon anfangs Oberstufe. Das ist bestimmt etwas, dass man weiterhin verfolgen muss und angehen sollte. Wir haben sehr grosses Vertrauen in die Schulleitung sowie die Lehrpersonen.

Burkard Thomas, Grüne: Im Namen der Grünen möchte ich ebenfalls allen Beteiligten, der Verwaltung aber besonders allen Lehrkräften danken. Vor allem den vielen Lehrkräften, die am Bericht mitschreiben. Es ist eine seriöse Fortschreibung der Wohler Schulchronik mit hauptsächlich positiven Ereignissen. Natürlich könnte man auch negative Ereignisse erwähnen, ich bin jedoch der Meinung, dass man dies dann in einem Zusatzbericht machen sollte. Vor Jahren haben wir den Zusatzbericht gefordert. Dem wurde auch Stand gegeben. Dieses Jahr ist es aus unbekannten Gründen ausgeblieben, was wir sehr bedauern. Das wäre nämlich die Gelegenheit auf problematische Thematiken hinzuweisen. Ich hoffe, dass dies dann in anderen Jahren wieder der Fall sein wird. Wir nehmen den Bericht, auch in der vorliegenden Form, wohlwollend zur Kenntnis.

### **Einzelvoten**

Steiner Annalise, SVP: Als Eltern ist es ziemlich schwer die Schule zu kritisieren, denn man hat Angst, dass die Kinder dies dann im Nachgang zu spüren bekommen. Die Schule ist nicht nur für die geistige Nahrung, sondern auch für die körperlichen und seelischen Belange der Jugend und den Kindern verantwortlich. Dazu gehören zum Beispiel auch die richtige Sitzpositionen (ergonomische Haltung) und dass die Bänke entsprechend richtig eingestellt sind. Ich habe dies gerade erst selbst miterlebt, dass dies nicht funktioniert. Wichtig sind auch gesunde Pausenangebote wie ein Pausenapfel anstatt ein ungesundes Sandwich und Pausenmilch statt Pausenschokolade. Auch das Musikangebot, welchem die Kinder ausgesetzt sind erachte ich als fragwürdig. Wenn man richtig zuhört ist das für die Kinder eine richtige Gehirnwäsche, denn die Liedtexte handeln über Drogen und andere unsittliche Themen. Meiner Meinung nach sollte dies in der Schule mehr hinterfragt und darüber gesprochen werden. Das sind meine Bedenken, welche ich der Schule weitergeben möchte.

Lütolf Harry, CVP: Ich finde den Bericht in der vorliegenden Form nicht zu umfassend. Lediglich die Liste der austretenden Schüler weist wenig Informationsgehalt auf und könnte wohl weggelassen werden. Bereits in der letzten Debatte vor einem Jahr habe ich bemängelt, dass ein eigenes Kapitel über die Schulsozialarbeit fehlt. Der Schulpflegepräsident geht im vorliegenden Bericht, im Rahmen des Rückblickes, kurz auf diese Thematik ein. In einem eigenen Kapitel könnte man jedoch durchaus interessante Ausführungen dazu machen. Im Weiteren habe ich letztes Mal ebenfalls schon erwähnt, dass ich eine Statistik vermisste, in der ersichtlich ist, wie viele Entscheide von der Schulbehörde angefochten wurden. Zudem wäre es spannend, wenn ersichtlich wäre, wie viel Prozent der Beschwerdeführer obsiegt und wie viel verloren haben. Für mich stellt dies eine wertvolle Information dar und ist ein Indikator dafür, wie seriös die Schulbehörde arbeitet. Zudem wäre erkennbar, wie gut die Entscheide begründet sind und ob sie standhalten.

Rolf Stadler, Schulleiter des Schulhauses Bünzmat, beleuchtet die Thematik, dass die fehlende Motivation und die Antriebslosigkeit vermehrt in der Oberstufe im Bünzmat zu spüren ist. In den anderen Schulzentren wird nichts über diese Thematik berichtet. Ich frage mich, ob sie dort bessere Erfahrungen machen und bessere Zustände zu verzeichnen haben. Ich bitte die Schulbehörde künftig diesbezüglich auf die Politik zuzukommen. Ich finde, man muss immer zielführend arbeiten und zusammen würde das besser gelingen. Wir würden gerne helfen, wenn es nötig wäre.

Lanz Christian, SVP: Ich bringe den Vorschlag, die beiden Websites der Gemeinde Wohlen und diejenige der Schulen Wohlen miteinander zu verlinken. Schön wäre zudem eine Kontaktadresse beziehungsweise ein Briefkasten bei welchem die breite Öffentlichkeit Anregungen und Verbesserungsvorschläge oder sonstige Anliegen mitteilen kann.

*Der Einwohnerrat nimmt vom Jahresbericht der Schule Wohlen 2015/2016 (13124) Kenntnis.*

**Bericht und Antrag 13129 Haustechniksanierung im Schulzentrum Bünzmatt**

---

Sax Simon, GPK: Die Heizungsanlage im Schulzentrum Bünzmatt hat ihre Lebensdauer erreicht respektive ist sie bereits überschritten. Die eingebauten Regelungen sind jetzt deutlich über 20 Jahre alt. Einzelne Komponenten mussten bereits ausser Betrieb genommen werden. So kann aktuell nur mit aufwendigem manuellem eingreifen die Wärmeerzeugung und die Wärmeverteilung aufrechterhalten werden. Mit Glück kann die laufende Heizungsperiode so noch überstanden werden. Der Handlungsbedarf ist unbestritten. Im Frühling 2016 ist eine Generalplanerausschreibung durchgeführt worden. Das ausgewählte Team ist von einer gemeindeinternen Begleitgruppe unterstützt worden. Der uns vorliegende Bericht empfiehlt eine Energieerzeugung mit einer Wärmekraftkoppelung und einem Gasölsplitzenkessel. Eine Wärmekraftkoppelungsanlage produziert neben Wärme auch noch Strom. Das verbessert den Wirkungsgrad von der eingesetzten Energie. Ergänzt wird das Projekt mit einer Sonnenkollektoren Anlage für die Erwärmung des Badewassers sowie vom Duschwasser. Ein Contracting wurde im Projekt ebenfalls geprüft. Es konnte jedoch wirtschaftlich nicht überzeugen. Die finanziellen Auswirkungen sind auf der Seite 6 vom Bericht und Antrag vorbildlich aufgeführt worden. Die GPK unterstützt den vorliegenden Bericht mit 6 Ja-Stimmen zu 1 Enthaltung und empfiehlt entsprechend der Zustimmung. Um den Ablauf noch ein bisschen zu beschleunigen, kann ich mitteilen, dass die Fraktion EVP und GLP den vorliegenden Bericht einstimmig unterstützen wird.

Kuhn Urs, Gemeinderat: Ich möchte Simon Sax recht herzlich für die gute Aufnahme des Geschäftes der GPK danken. Die Zeit drängt und wir können froh sein, wenn wir die Heizperiode noch überstehen. Das Problem mit der Heizungsanlage ist schon seit Jahren bekannt. Es geht darum einen ganzen Verbund wieder fit zu machen. Wir haben versucht den Bericht und Antrag transparent aufzubauen. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass wir dem Einwohnerrat hiermit ein ökologisches wie auch wirtschaftlich gutes Projekt präsentieren können. Wir bitten Sie um Zustimmung zum Verpflichtungskredit.

**Fraktionsmeinungen**

Eberhart Andreas, SVP: Die ganze Installation ist in die Jahre gekommen und hat ihren guten Dienst geleistet. Mit der Vorlage scheint uns die Sanierung und Ersatzarbeit sinnvoll und ökologisch gut überlegt angegangen worden. Bei so einer grossen und dringlichen Arbeit sind doch einige Franken zu investieren. Uns ist es wichtig, dass eine sinnvolle und kostenbezogene Ausführung des Geschäftes, ohne Kreditüberschreitung, stattfindet. Wir werden dem Antrag grossmehrheitlich zustimmen.

Geissmann Armin, FDP/Dorfteil Anglikon: Die bereits 23-jährige Anlage weist als Gasheizung ein beachtliches Alter auf. Sie wurde gebraucht und hat ihr Lebensende nun definitiv erreicht. Die Abteilung Planung, Bau und Umwelt kann für dieses Projekt einmal gelobt werden, denn es wurde vorausschauend erarbeitet. Über eine längere Zeitspanne wurden bei dieser Anlage nur die nötigsten Instandstellungsarbeiten ausgeführt. Eine solche Heizung weist eine lange Laufzeit auf. Mit der WKK wird eine Anlage eingebaut, welche zudem kostengünstig ist. Die Abteilung Planung, Bau und Umwelt arbeitet und handelt hier zukunftsorientiert und wir hoffen, dass bleibt auch so. Wir stimmen dem vorliegenden Projekt klar zu. Gespannt sind wir darüber hinaus auf die Ausschreibung und hoffen dann auch auf einen vernünftigen Installateur.

Burkard Thomas, Grüne: Es besteht dringender Handlungsbedarf. Wenn wir ehrlich sind, dann haben wir eigentlich gar keine andere Wahl. Die Vorlage ist vorbildlich dargestellt und auch sehr gut dokumentiert. Die vorgeschlagene Variante 3 in Kombination mit der Wärmekoppelungsanlage und einem Gasölsplitzenkessel zur Energieerzeugung, begrüßen wir sehr. Das gilt auch für die kleine Sonnenkollektoren Anlage auf dem Dach der Schwimmhalle. Das stellt für uns den richtigen Weg dar. In der Folge teile ich Ihnen gerne mit, dass die Grünen den Antrag einstimmig gutheissen werden.

Meyer Martin, CVP: Wir bedanken uns für die sauber ausgearbeitete Vorlage. Wir unterstützen den Bericht und Antrag so wie er uns vorgelegt wurde. Wir werden diesem somit einstimmig zustimmen.

Meier Cyrille, SP: Die SP bedankt sich bei allen, die an dem Projekt gearbeitet haben. Es wurde sauber aufgelistet und transparent aufgezeigt. Die SP wird diesem Antrag einstimmig zustimmen. Ich arbeite im Bünzmatt und habe bereits miterlebt, wie die Schulleiter und Lehrpersonen die Befürchtung heben, dass die Heizung auf einmal ausfällt. In der Turnhalle ist sie denn auch schon ausgefallen. Der Handlungsbedarf ist wirklich vorhanden. Die Heizung hat definitiv ihr Alter erreicht und muss ersetzt werden. Schlussendlich ist das Ganze auch ökologischer und es läuft auch ökonomischer auf die Jahre hinaus.

### **Abstimmung**

Dem gemeinderätlichen Antrag

*Genehmigung eines Verpflichtungskredites für die Haustechniksanierung der Schulanlage Bünzmatt im Gesamtbetrag von brutto CHF 1'490'000 ( $\pm 10\%$  inkl. MWST).*

wird mit 36 Ja-Stimmen zu 1 Enthaltung zugestimmt.

**Bericht und Antrag 13128 Sportzentrum Bünzmatt – Vertragsabschlüsse mit Dritten und externe Gesamtprojektleitung**

---

Geissmann Thomas, GPK: Gut Ding will Weile haben. Beim Bauen einer neuen Eishalle und einem Schwimmbad bedeutet dies in Wohlen 10 Jahre. 2008 ist die Volksinitiative „jetzt isch d Badi dra“ eingereicht worden. Der Gemeinderat gelangt heute zum fünften Mal an den Einwohnerrat um sich die letzten Schritte zu bewilligen bevor nächstes Jahr der Bau vollendet werden kann. Es bleibt dann nur noch die Kreditabrechnung, welche hoffentlich Freude hinterlässt. Die GPK hat zwei Mal getagt und konnte an der ersten Sitzung Änderungsvorschläge einbringen. Ich erlaube mir an dieser Stelle dem Gemeinderat für dieses Vorgehen ein Lob auszusprechen. Es hat sich bewährt, dass man bei diesem wichtigen Geschäft die Meinungen vor dem Versand der endgültigen Fassung eingeholt werden. So können kritische Punkte besprochen und gegebenenfalls korrigiert werden. Mit diesem Vorgehen sichert sich der Gemeinderat grössere Zustimmung im Einwohnerrat. Der vorliegende Bericht und Antrag teilt sich in zwei Bereiche. Der erste Teil befasst sich mit der Zusammenarbeit mit der Eisbahn Wohlen Genossenschaft. Es steht nichts Neues drin. Das Bauland soll der Genossenschaft im Baurecht abgegeben werden um darauf die neue Eishalle zu erstellen. Damit gemeinsam gebaut werden kann, die Genossenschaft die Eishalle und die Einwohnergemeinde das Schwimmbad, muss eine Baugemeinschaft als einfache Gesellschaft gegründet werden. Die Gesamtanlage wird nach der Vollendung durch eine neu zu gründende AG betrieben. Die Einwohnergemeinde Wohlen beteiligt sich mit CHF 3 Mio. an dieser AG und ist damit Alleinbesitzerin. Damit die Verantwortungen zum Betrieb der Anlage eindeutig geklärt sind, braucht es schlussendlich noch eine Leistungsvereinbarung. Die GPK hat diese drei Verträge, Baurechtsvertrag, Gesellschaftsvertrag und Leistungsvereinbarung, eingehend besprochen und hat sich vom Gemeinderat und vom Vertragsverfasser, Matthias Fricker, alle Unklarheiten erklären lassen. Unsere Kommission empfiehlt Ihnen einstimmig allen Anträgen unter Punkt 1 zuzustimmen. Die Annahme ist nur logisch, denn wir sprechen einzig und allein von dem, was das Stimmvolk schon im vergangenen September beschlossen hat. Es handelt sich also um einen Vollzug von etwas, das schon entschieden ist.

Kontroverser hat die GPK zur Frage diskutiert, ob die Gesamtprojektleitung weiterhin extern eingekauft oder eine zusätzliche Stelle in der Abteilung Planung, Bau und Umwelt geschaffen werden soll. In den Budgets und der Jahresrechnung von letzten Jahren fällt auf, dass der Ausgabenposten für externe Fachplaner massiv gestiegen ist. In der Budgetdebatte ist seitens des Einwohnerrates schon mehrfach gefordert worden, dass die Planungsaufgaben innerhalb von der Abteilung Planung, Bau und Umwelt selber wahrzunehmen sind anstatt die Arbeiten für teures Geld zu vergeben. Im Hinblick auf die vielen anstehenden Bauvorhaben hat daher die GPK grossmehrheitlich beschlossen, den Antrag zwei zu unterstützen und die zusätzliche Stelle zu bewilligen. Damit verbunden stellt die GPK aber klar die Forderung an den Gemeinderat, dass künftig auf externe Vergaben von Arbeiten zu verzichten ist, welche im Gemeindehaus selbst erledigt werden können.

Huwiler Paul, Vizeammann: Ich habe ebenfalls sehr viel geschrieben über das Thema. Ich hatte eigentlich im Sinn dies alles vorzutragen. Ich möchte ganz herzlich im Sprecher der GPK danken, denn er hat alle Sachen, welche bei mir auf dem Papier stehen, schon erwähnt. Es ist in der Tat so, dass es um einen Nachvollzug geht über das, was der Einwohnerrat sowie das Volk letztes Jahr beschlossen haben. Vielleicht noch ein Punkt, der anders ist als früher. In der Vorbesprechung mit der GPK und der FIKO wurde im Baurechtsvertrag einen Baurechtszins definiert, damit man nachher ganz klar sieht, wie viel Aufwendungen die Gemeinde Wohlen in diesem speziellen Bereich tätigt. Auf der anderen Seite wird selbstverständlich der Baurechtszins der zukünftigen Sportpark Bünzmatt AG vergütet.

Vielleicht noch kurz etwas zu der 100%-Stelle, welche der Gemeinderat beantragt. Es ist tatsächlich so, dass die 100%-Stelle schon längst überfällig ist. Sie fordern zu Recht immer wieder die Kosten für die externen Experten zu reduzieren und interne Ressourcen zu schaffen. Heute können Sie den Wunsch umsetzen. Der Inhaber oder die Inhaberin der neuen Stelle wird sich sofort mit dem Projekt Badi und Eisbahn beschäftigen und gleichzeitig noch andere Projekte bearbeiten. Neben den zahlreichen laufenden Projekte stehen zum Beispiel auch schon wieder Sachen in Schulraumplanung an. Diese benötigen auch

interne oder sonst externe Kapazitäten. Der Gemeinderat wird oft kritisiert, dass das Projekt wie zum Beispiel der Kunstrasen, nicht rasch genug umgesetzt wird. Dies hat auch im Besonderen mit personellen Ressourcen zu tun. Ich bitte Sie, dass Sie die Chance heute nutzen und die Stelle schaffen, welche längst angedacht ist. Mit einer zweiten Person kann auch eine Absicherung geschaffen werden, sodass bei einem Ausfall eine Stellvertretung verfügbar ist.

Der Gemeinderat steht auch in der Kritik, dass er einen Posten vergessen oder sogar verschwiegen hat. Heute haben Sie die Möglichkeit, die schon länger bestehende Ressourcenproblematik in der Abteilung Planung, Bau und Umwelt zu entschärfen. Die beantragte Stelle wird auch in der Abstimmungsvorlage der Revision der Gemeindeordnung erwähnt. Insgesamt werden dort 450 Stellenprozente erwähnt, welche im Nachholbedarf oder im Geschäftsleitungsmodell zu schaffen sind. Diese Stelle heute ist bereits eine Vorwegnahme, der zu beantragten Stellen. Der Gemeinderat glaubt, dass er mit diesem Vorgehen sehr offen und transparent ist. Man kann tatsächlich geteilter Meinung sein und meinen, dass man die 100%-Stelle in einem separaten Bericht und Antrag aufführen und stellen müsste. Aber anlässlich der Sitzung vom 8. Dezember der GPK und FIKO hat man festgelegt, dass man dies in einen Bericht und Antrag macht. Wenn diese Stelle angenommen wird, so wird der Antrag 3 zurückgezogen.

### **Fraktionsmeinungen**

Hufschmid Hans, CVP: Die CVP-Fraktion stimmt dem vorliegenden Bericht und Antrag des Gemeinderates wie nachfolgend begründet einstimmig zu:

- Ziffer 1 A bis Ziffer 1 D sowie Ziffer 2 (unter Punkt 6) der Vorlage  
Die CVP erachtet es als sinnvoll, bei der Abteilung Planung, Bau und Umwelt zusätzlich 100 Stellenprozente zu schaffen, damit die Leistungen für die Gesamtprojektierung Sanierung Schwimmbad und Nebensportanlagen im Gemeindehaus erledigt werden können. Beweisen wir für einmal Mut und sagen nicht immer zu allem Nein, wenn es sich um zusätzliche Stellenprozente bei der Abteilung Planung, Bau und Umwelt handelt.
- Ziffer 3 (unter Punkt 6)  
Sollte Ziffer 2 in der Schlussabstimmung scheitern, so stimmt die CVP-Fraktion einstimmig und geschlossen der Ziffer 3 zu. Die externe Vergabe dieser Arbeiten erfordert unserer Ansicht nach viel zu viel Aufwand und verursacht unnötige Umtriebe.

Die CVP-Fraktion gibt der Hoffnung Ausdruck, dass der Sportpark Bünzmatt mit Schwimmbad und Nebensportanlagen zum Vorzeigeobjekt für die Freiamter Metropole Wohlen wird. Wir Einwohnerräte sind vom Volk gewählt worden, um konstruktive Sachpolitik zu betreiben und um Wohlen positiv vorwärts zu bringen. Negative Schlagzeilen haben wir in der vergangenen Zeit genug zur Kenntnis nehmen müssen. Denken wir doch an unsere Kinder und unsere Nachkommen und schaffen ihnen die entsprechenden sportlichen Aufenthaltsräume, damit sie ihre Freizeit sinnvoll verbringen können. Alles andere Negative belastet die Finanzen der Gemeinde Wohlen viel zu stark. Positiv vorwärts schauen und mit eigenen Leuten sportlich Sinnvolles bauen!

Brunner Edwin, SVP: Auch wir haben mehrheitlich der Badi/Eisbahn-Geschichte zugestimmt. Am Volkswillen muss genüge getan werden. Das ist ein Spruch respektive ein Slogan, den wir immer wieder bringen. Das Objekt muss getätigt werden. Die Mehrheit der SVP ist dieser Ansicht. Wir haben jedoch zu dieser heutigen Vorlage ein ungutes Gefühl. Es geht nicht um die vorliegenden Vertragswerke. Die Vertragswerke wurden von verschiedenen Seiten geprüft. Diesen wird die SVP grossmehrheitlich zustimmen. Wir sind aber der Meinung, dass wegen der zusätzlichen Stelle abgewartet werden soll, bis fest steht, was das Volk zu der neuen Gemeindeordnung sagt. Vorher sind wir nicht bereit irgendwelche neuen 100%-Stellen zu schaffen, denn wenn wir schon in den sauren Apfel beißen müssen für eine neue Stelle, frage ich mich, wieso schaffen wir dann nicht eine Stelle mit Zeitbeschränkung und stimmen zu einem späteren Zeitpunkt in einem separaten Bericht und Antrag darüber ab. Ich möchte gerne ein gutes Zitat aus dem Wohler Anzeiger vorlesen:

*„Die Leistungen, die jetzt erbracht wurden oder werden (bis die neue Stelle allenfalls besetzt ist) müssen gegenwärtig extern eingekauft werden. Was dieser Übergang genau kostet, kann nicht beziffert werden. Eine gute und seriöse Vorbereitung einer Baubegleitung für ein Grossprojekt sieht definitiv anders aus.“*

Diesen Artikel finde ich persönlich sehr gut. Wir benötigen bis zur Einstellung eines neuen Mitarbeitenden ohnehin eine externe Person. Bevor die externe Stelle wieder aufgelöst wird, weil man vermutlich wieder einmal vergisst den Vertrag zu lösen oder der neue Mitarbeitende, der in die Gemeinde kommt, der ist halt noch nicht genügend eingearbeitet, bezahlen wir zwei Stellen und zwar die externe sowie die interne. Es wird sicherlich so kommen. Dann haben wir wieder Kosten, welche ins Uferlose gehen. Sagen Sie bitte der externen Stelle zu, denn dann ist es begrenzt auf einen gewissen Betrag. Aber sagen Sie zum heutigen Zeitpunkt der 100%-Stelle in der Abteilung Planung, Bau und Umwelt nicht zu. Bevor irgendwelche Kommentare kommen, es ist mir klar, dass wir von der SVP immer gesagt haben, dass wir nie oder eher selten einen gut eingearbeiteten Mitarbeitenden bekommen und es geht viel Wissen verloren. Das ist halt einfach so. Normalerweise sind wir gegen dieses Vorgehen von einem befristeten Vertrag, jedoch befinden wir uns derzeit einer besonderen Situation. Die neue Gemeindeordnung ist noch nicht beschlossen.

Heinsalo Mika, FDP/Dorfteil Anglikon: Die Fraktion FDP und Dorfteil Anglikon geht jetzt den Weg weiter und steht diesen zwei Grossprojekten weiterhin positiv gegenüber. Jetzt geht es um das Administrative, also um die Verträge. Diese drei Verträge sind mit diversen Feedbacks von Einwohnerräten ergänzt worden und sind jetzt unterschriftsreif. Da gibt es deshalb ein klares „Go“ von unserer Seite. Auch zur Beteiligung von einem CHF 3 Mio. Aktienpaket gibt es von uns her ein „Go.“

Betreffend der zukünftigen Führung der neuen Betriebsgesellschaft muss der Einwohnerrat eine Mitbestimmung bei der Anstellung der Führung erhalten, analog der IB Wohlen AG und wie in der neuen Gemeindeordnung in § 28, Punkt 3c festgehalten ist. Natürlich immer unter der Voraussetzung, dass die neue Gemeindeverordnung auch angenommen wird. Der Gemeinderat schlägt vor und der Einwohnerrat segnet ab.

Bezüglich Stellenantrag ist es uns wichtig, eine effiziente und gut geführte Abteilung zu haben, welche die knappen vorhandenen Ressourcen richtig einsetzt. Wir erkennen die Notwendigkeit von einer zusätzlichen Stelle in der Abteilung Planung, Bau und Umwelt und erwarten deshalb, dass da schnellst möglich ein hoch qualifizierter Mitarbeitender eingestellt wird. Eine Rüge müssen wir noch platzieren. Auf Seite 4 des Antrages zitiert der Gemeinderat den Sprecher der SVP. So ein Statement oder Parteimeinung hat nichts zu suchen in einem Bericht und Antrag. Ein Bericht und Antrag soll sachlich bleiben und nicht mit irgendwelchen Aussagen von irgendwelchen Parteien angereichert werden. Die Fraktion FDP und Dorfteil Anglikon unterstützt die Anträge 1 A-D und 2 einstimmig. Sollte der Antrag 2 durch den Einwohnerrat nicht bewilligt werden, unterstützt unsere Fraktion den Antrag 3 einstimmig.

Keller Anna, Grüne: Wir unterstützen die vorliegenden Anträge einstimmig. Nach unserer Meinung sind der Baurechtsvertrag, die Leistungsvereinbarung und der Gesellschaftsvertrag sauber ausgearbeitet. Im speziellen unterstützen wir auch den Antrag für die zusätzliche 100%-Stelle bei der Abteilung Planung, Bau und Umwelt. Die Abteilung ist schon längere Zeit unterdotiert und weitere grosse Bauvorhaben sind bekanntlich in der Pipeline. Auch wir hoffen, dass die Stelle möglichst bald ausgeschrieben wird und hoffen sehr auf qualifizierte Bewerber oder vielleicht auch Bewerberinnen.

Hübscher Edwin, EVP/GLP: Die GLP/EVP haben den Antrag und die Berichte bezüglich Sportpark Bünz matt eingehend behandelt. Wir sind der Meinung, dass man allen Beteiligten zuerst einen Dank aussprechen darf. Wir sind nach wie vor überzeugt, dass es ein gutes zusammenhängendes und zusammenwirkendes Geschäft ist mit vielen gegenseitigen Begünstigten. Aus diesem Grund stimmt die Fraktionsgemeinschaft dem Antrag 1A – D einstimmig zu. Wir sind auch überzeugt, dass man im Punkt 2 mit einer Bewilligung von einer unbefristeten 100%-Stelle für die Umsetzung des Projekts eine bessere Lösung am Schluss haben als bei einer Fremdvergabe. Daher auch in diesem Zusammenhang sprechen wir ein Ja aus. Wir sind der Meinung, dass es für die laufenden und die zukünftigen Projekte diese Stelle braucht.

Muff Josef, SP: Ich bin versucht zu sagen, dass es wieder losgeht. Wir haben bereits vor 20 Jahren im Rat über unsere Badi diskutiert, die man dazumal schon sanieren hätte müssen. Dann ist jedoch wieder dasselbe passiert wie heute. Und zwar versucht man schon wieder zu klemmen. Dies finde ich eigentlich

schon ein bisschen daneben. Wir haben einen klaren Volksauftrag vorliegen. Und wir haben jetzt das Gefühl, dass wir noch daran herum basteln müssen. Wenn man eine Stelle in der Bauverwaltung versucht schön zu reden mit „man könnte es vielleicht noch anders machen“ oder „wir könnten zuerst noch etwas anderes probieren“. Und dass man nachher auf der anderen Seite die Gemeindevorlage betreffend der Gemeindeordnung mit hinein zieht, das verstehe ich nicht, denn es hat rein gar nichts damit zu tun. Wir müssen dieses Vorhaben so oder so durchziehen, ob das Volk die neue Gemeindeordnung annimmt oder nicht. Wir sind bereit, den Antrag wie ihn der Gemeinderat stellt, anzunehmen. Wir unterstützen somit den Antrag und auch die notwendige 100%-Stelle.

## **Einzelvoten**

Lanz Christian, SVP: Wie von Paul Huwiler bereits erwähnt wurde, ist es sehr wichtig, dass die Ressourcen genutzt werden sollten. Es ist unabdingbar, dass dies so schnell wie möglich mit guten Fachkräften unter Dach und Fach gebracht werden kann. Dies soll mit einer externen Stelle erfolgen, denn der ist bereits in das Projekt involviert und kann dies zielgerichtet, sicher und gut umsetzen. Die SVP spricht sich zum heutigen Zeitpunkt gegen eine Stellenerhöhung in der Abteilung Planung, Bau und Umwelt aus. Es ist hinlänglich bekannt, dass die Ressourcen in der Abteilung Planung, Bau und Umwelt heutzutage nicht vollumfänglich genutzt werden. Solange die genannte Abteilung nicht so geführt wird, dass die personellen Ressourcen entsprechend ihrer Funktion zum Einsatz gelangen, werden wir keiner Stellenerhöhung zustimmen.

Burkard Thomas, Grüne: Bei der Stelle in der Abteilung Planung, Bau und Umwelt handelt es sich nicht um einen sauren Apfel, sondern aus meiner Sicht um eine ganz reife und süsse Birne, welche wir jetzt pflücken müssen und geniessen sollten. Ich finde, dass jetzt der richtige Zeitpunkt dafür ist. In keiner Weise kann ich nachvollziehen, weshalb die SVP das Geschäft nun schlecht redet. Es ist eine belegte Tatsache, dass die Abteilung Planung, Bau und Umwelt seit Jahren unter Personalmangel leidet. Ich gehe mit der Meinung des Gemeinderates einher, dass jetzt der richtige Zeitpunkt gekommen ist, um die Stelle zu bewilligen. Dies nicht nur zu Nutzen der Kunsteisbahn und des Schwimmbades, sondern für alle weiteren grossen Projekte, welche noch folgen werden. Alles andere ist einfach Sand in die Augen gestreut und entspricht nicht den Tatsachen.

Geissmann Thomas, FDP/Dorfteil Anglikon: Ein Geschäft kann sowohl befürwortet, wie abgelehnt werden. Wichtig ist jedoch, dass man seine Beweggründe entsprechend gut begründen kann. Die von der SVP hervorgebrachten Argumente sind nicht nachvollziehbar. Kein vernünftiger Mensch kann hier einen Zusammenhang zur neuen Gemeindeordnung erkennen. Die SVP hat in der Vergangenheit immer mit Betonung erwähnt, dass wenn man Arbeit extern einkaufen muss, dass dies viel teurer ist als wenn sie intern im Gemeindehaus erledigt werden kann. Und jetzt ist exakt ein solches Vorgehen beabsichtigt und es ist wieder nicht recht. Es ist wirklich schwierig, dass man es der SVP recht machen kann. Egal wie man es angeht, es ist immer falsch. Im Endeffekt spielt es dem Gemeinderat vorliegendenfalls wohl keine grosse Rolle, ob eine interne oder externe Stelle bewilligt wird vom Rat. Das ist nicht das eigentliche Problem. Mein Problem ist es, dass dies nicht Kostenbewusst ist. Es ist sehr wichtig, dass die Kosten für externe Fachplaner gering bleiben. Es ist unabdingbar, dass wenn diese Stelle geschaffen wird auch wirklich etwas passiert. Grosse Mühe hätte ich, wenn der Rat die Stelle heute bewilligt und dann trotzdem weiterhin die Arbeiten extern vergeben werden. Wenn wir Kapazitäten schon schaffen, dann erwarte ich vom Gemeinderat, dass künftig viel mehr im Haus erledigt wird.

Huwiler Paul, Vizeammann: Ich bin genau so erstaunt wie viele von Ihnen, dass ausgerechnet jetzt das andere Verfahren wieder besser sein sollte und zwar nämlich eine befristete Stelle zu schaffen bzw. die Arbeit extern zu vergeben. Ich habe deshalb die Vermutung, dass die SVP im Wissen darum, dass die Stelle heute vermutlich vom Rat bewilligt wird, aus taktischen Gründen problemlos dagegen sein kann.

Ich bestätige, dass diese Stelle nicht in Zusammenhang mit der Abstimmung über die neue Gemeindeordnung steht. Das Stellenbegehren wird wieder gestellt werden, egal ob mit der neuen oder alten Gemeindeordnung. Denn im Fachbereich Hochbau braucht die Verwaltung, aufgrund des Arbeitsvolumens, einfach mehr als einen Mitarbeitenden. Ein weiterer Grund ist, dass bei einem Ausfall die Stellvertretung gewährleistet sein muss. Vor dieser Problemstellung stehen wir nun ja. Aufgrund des Ausfalles unseres

Mitarbeitenden ist plötzlich niemand intern mehr da, der sich um das Projekt kümmert. Somit ist ein Mann kein Mann.

Gerne gebe ich Ihnen einen Überblick:

- Unterhalt sowie den Betrieb der öffentlichen Bauten im Wert von CHF 200 Mio.
- Investitionsplanungen im Budgetwesen
- Erstellung von Abrechnungen
- Subventionswesen
- Betreuung der gemeinderätlichen Kommission
- Umbau der Wilstrasse 57 für den Werkhof
- Renovation und Umzug ZSO
- Umstellung auf IP-Telefonie
- Umstellung von Liftbrandmeldeanlagen
- Umsetzung Sicherheitsaspekte im Gemeindehaus
- Kindergarten OSCOSA
- Kindergartenüberbauung Hüsser
- TV Anlagen
- Projekt Sportpark Bünzmatt
- Entwicklung Strategie Liegenschaften
- Schulraumplanung
- Erstellung der Urnenplattengräber beim Friedhof
- Sanierung der Heizung im Schulhaus Bünzmatt
- Kunstrasen Trainingsfeld Sportzentrum Niedermatten
- Kunstrasen Hauptfeld Sportzentrum Niedermatten
- Beleuchtung Verkauf Parzelle ehem. Pilatusstrasse 3

Bezüglich der personellen Ressourcen wurde ausformuliert, dass es einer 65%-Stelle entspricht. Dies wird jedoch jeweils zu Hälfte von der Genossenschaft Eisbahn Wohlen und der Gemeinde Wohlen getragen. Die Gemeinde Wohlen trägt somit etwas mehr als 30%. Die verbleibenden 70% stehen der Gemeinde für andere Projekte zur Verfügung. Im Rahmen des Projektes Sportpark Bünzmatt besteht nun die Möglichkeit einen Mitarbeitenden mit sehr guten Qualifikationen einzustellen, welcher der Gemeinde auch für andere Arbeiten zur Verfügung steht.

Brunner Edwin, SVP: Ergänzend möchte ich erwähnen, dass derzeit das Projekt von einer externen Fachkraft betreut wird. Diese Person ist mit dem Projekt bestens vertraut. Ein neuer Mitarbeitender muss erst eingearbeitet werden, was einfach mehr Kosten verursacht, da gleichzeitig zwei Personen beschäftigt werden. Dieser wichtige Punkt darf keinesfalls ausser Acht gelassen werden.

Huwiler Paul, Vizeammann: Wir haben die TBF + Partner AG als externen Partner engagiert. Diese haben uns versichert, dass sie bereit sind, eine interne Person in unser Team hineinzunehmen sowie zu transferieren. Das ist eine vorzügliche Ausgangslage im Rahmen des laufenden Projekts. Schlussendlich einen eigenen Mann ins Spiel bringen, welcher ein Teil der laufenden Arbeit übernimmt. Dies wurde mit dem Teil der Genossenschaft finanziert. Bei einem solchen Projekt wird es immer externe Abklärungen geben.

Beispielsweise die Akustik in der Eishalle. Für solche Berechnungen wird zwingend ein Fachspezialist benötigt. Es handelt sich somit um eine Arbeit, welche nicht intern erledigt werden kann. Dennoch muss diese im Rahmen des Projektes ausgeführt werden. Mit der TBF + Partner AG ist gewährleistet, dass uns entsprechende Fachspezialisten weiterhin zu Verfügung stehen. Das Geld dafür wurde bereits gesprochen.

Palmieri Marco, SVP: Die zusätzliche Stelle ist ein heikles Thema. Es kommt mir vor, als wäre es ein süsser Apfel, jedoch mit einem grossen Wurm darin. Mit der Anstellung eines neuen zusätzlichen Mitarbeiters besteht jedoch die Gefahr, dass dieser wiederum ausfallen könnte. Dann haben Sie diese Ressourcenumöglichkeit nicht mehr. Das ist beim Einkaufen einer Dienstleistung gewährleistet. Wir diskutieren

hier um mehrere Millionen. Es kann nicht sein, dass man die ganze Last auf eine Person abwälzt. Es handelt sich hier um ein Grossprojekt, welches besser durch eine externe Firma betreut werden sollte.

Huwiler Paul, Vizeammann: Ich bestätige die Aussage von Thomas Geissmann, dass es für den Gemeinderat nicht so eine grosse Rolle spielt, welche Variante vom Einwohnerrat gewählt wird. Wir kommen mit beiden Varianten zum Ziel. Der Einwohnerrat forderte jedoch in der Vergangenheit immer wieder dazu auf, dass die Verwaltung mit eigenen personellen Ressourcen arbeiten und so die Kosten für Externe reduzieren soll. Jetzt wird genau andersrum argumentiert. Das funktioniert doch einfach nicht. Entscheiden Sie sich entweder für die eine oder andere Variante. Im Anschluss macht der Gemeinderat das, was der Einwohnerrat heute Abend beschlossen hat. Hinsichtlich der Schaffung von interne Ressourcen ist es uns natürlich auch bewusst, dass mit der Anstellung einer Person ein gewisses Risiko besteht, dass diese ausfallen könnte. Es bestehen jedoch auch einige Vorteile für die Gemeinde Wohlen.

Lütolf Harry, CVP: Der Ergänzungsantrag wurde Ihnen bereits vorgängig zugestellt und Sie sind somit in Kenntnis über die Ergänzung von Ziffer 1 A. Der Betrag von CHF 3 Mio. soll unter der Voraussetzung gesprochen werden, dass die Einwohnergemeinde Mehrheitsaktionärin der neuen Betriebsgesellschaft wird. Die Gemeinde sollte Alleinaktionärin der neuen Betriebsgesellschaft sein. Es wurde erwähnt, dass die Genossenschafter in irgendeiner Form in die neue AG eingebunden werden sollten. Sei es in Form einer Umwandlung von der Genossenschaft in die neue Aktiengesellschaft, mit einer Fusion, oder mit einer Vermögensübertragung. Die Genossenschafter sollten an der neuen Betriebs AG partizipieren und zwar in Form von Aktienkapital. Es kann nicht sein, dass die Einwohnergemeinde, welche einen Betrag von CHF 3 Mio. einbringt, am Schluss nicht über die Mehrheit der Stimmen verfügt. Aus diesem Grund ist es mir wichtig, dass Sie meinem Antrag zustimmen und es entsprechend schriftlich festgehalten wird, dass die Gemeinde Mehrheitsaktionärin ist.

Wir haben die neue Gemeindeordnung beschlossen, welche hoffentlich am 12. Februar 2017 an der Urne angenommen wird. In dieser sind die Kompetenzen geregelt. Ein Punkt darin wird sein, dass der Einwohnerrat über die alleinige Kompetenz verfügt, über Rechtsgeschäfte zu bestimmen, welche zur Folge haben, dass die Gemeinde die Stimm- oder Kapitalmehrheit verliert. Ich möchte jetzt gerne vom Gemeinderat wissen, ob dies hier auch so gelten würde. Ich möchte wissen, ob der Gemeinderat bestätigen kann, dass die neue Betriebs AG als gemeindeeigene Betriebsgesellschaft gelten wird. Es ist mir ein Anliegen, dass wenn irgendwann einmal die Absicht besteht die Mehrheitsbeteiligung abzugeben, dass dann der Einwohnerrat darüber Beschluss fassen muss. Diese Kompetenzregelung muss zwingend sichergestellt sein.

Huwiler Paul, Vizeammann: Der Gemeinderat empfiehlt dem Einwohnerrat den Antrag von Harry Lütolf anzunehmen. So kann richtigerweise festgehalten werden, dass die Einwohnergemeinde Mehrheitsaktionärin der neuen Betriebsgesellschaft wird. Eine Änderung bedingt zwingend die Zustimmung des Einwohnerrates. Das ist klar, denn das ist bei der IB Wohlen AG nicht anders. Der Gemeinderat versichert dem Einwohnerrat, dass es ihm ein grosses Anliegen ist, dass die Firma zukünftig im Mehrheitseigentum der Gemeinde ist. Es wäre, rein von den Beträgen her, möglich, dass es anderweitig Aktionäre geben könnte. Allenfalls kann hier Patrick Amstutz ergänzende Ausführungen tätigen.

Palmieri Marco, SVP: Die SVP ging bis anhin davon aus, dass die Genossenschaft den Betrag von CHF 1 Mio. als Eigenkapital in die AG einbringen wird und somit einen entsprechenden Aktienanteil erwerben wird. Aufgrund von Recherchen wurde festgestellt, dass dies genau nicht der Fall ist und das die Einwohnergemeinde Alleinaktionärin sein sollte. Die Eisbahngenossenschaft hat einen Businessplan erstellt. Darin sind Umsätze und Gewinne etc. aufgeführt. Ich habe damals im Rat mitgeteilt, dass diese Entwicklung auch in das Negative fallen kann, wenn die Eisstunden und die Vermietung sich reduzieren. Ich bin der Meinung, dass die Genossenschaft Eisbahn Wohlen das Risiko auch mittragen sollte. Es kann nicht sein, dass die Einwohnergemeinde einstehen muss, wenn die Reserven aufgebraucht sind.

Wir möchten hier entgegen wirken und stellen den Antrag, dass die Einwohnergemeinde Mehrheitsaktionärin ist und bis maximal 75% der Aktien hält. Es ist wichtig dass es in diesem Unternehmen noch weitere Parteien hat, welche sich mit ihrem Geld engagieren. Wir wollen keine zweite Niedermatten.

Amstutz Patrick, Genossenschaft Eisbahn Wohlen: Der Genossenschaft Eisbahn Wohlen spielt es keine Rolle, ob darin festgehalten ist, dass die Gemeinde Wohlen Mehrheitsaktionärin ist oder nicht. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Investor gefunden wird, welcher einen Betrag von CHF 3 Mio. einbringt erscheint mir relativ klein. Somit kann dem Antrag von Harry Lütolf zugestimmt werden.

Auch das Szenario von Marco Palmieri wird wohl eher nicht eintreten. Auch hier den sogenannten Investor zu finden, welcher 25 % an der Betriebsgesellschaft halten soll, ist hypothetisch und nicht machbar. Das weiss jeder.

Es stellt sich die Frage, wie die Umstrukturierung der Gesellschaft gemacht werden soll. Das ist nicht so einfach, denn es handelt sich um eine relativ komplexe Angelegenheit. Wer das Fusionsgesetz kennt, der weiss, dass man sich darin verweilen kann. Derzeit sind wir mit den Arbeiten für die ganze Umstrukturierung beschäftigt. Sei es in Form von einer Vermögensübertragung, in Form von einer Neugründung und einer Fusion oder in Form von einer Umwandlung. Selbst beim Handelsregisteramt erhält man – je nach Auskunftsperson – zwei bis drei unterschiedliche Meinungen erklärt. Es ist geplant, dass die Genossenschaft Eisbahn Wohlen einen Betrag von CHF 1 Mio. «à fonds perdu» einbringen wird. Das bedeutet, dass wir eine Vermögensübertragung anstreben. Die Genossenschaft geht anschliessend unter und wird liquidiert. Das Geld wird dann vollständig in die neue Aktiengesellschaft eingebracht. Ebenfalls werden sich verschiedene umliegende Gemeinden am Projekt beteiligen. Der aktuelle Stand über zugesagte Gelder von Gemeinden beträgt CHF 754'000. Offen ist noch die Zusage der Stadt Bremgarten mit einem Betrag von CHF 250'000. Dort gab es noch keine Gemeindeversammlung. Alle Gemeinden geben uns das Geld «à fonds perdu» und teilten uns mit, dass sie nicht Aktionäre werden möchten.

Lütolf Harry, CVP: Bezüglich des Antrages von Marco Palmieri möchte ich festhalten, dass man die Genossenschaft nicht in die Pflicht nehmen kann, Aktienkapital zu zeichnen. Es ist die Idee, dass die Genossenschaft aufgelöst werden sollte. Somit ist sie nachher gar nicht mehr existent und kann infolge dessen auch nicht als Aktionärin auftreten. Eine Genossenschaft kann man nach Schweizer Recht nicht zwingend verpflichten, sich an einer Aktiengesellschaft beteiligen zu müssen. Diese Rechtspflicht gibt es in diesem Land nicht. Daher ist es unrealistisch, was Marco Palmieri beantragt. Und wenn der Mehrheitsaktionär einmal Aktienkapital hält, ist damit nicht sichergestellt, dass er ein für alle Mal Aktionär bleiben wird. Es ist das Recht jedes Aktionärs, in der Schweiz seinen Titel verkaufen zu können. Er kann diese an die Gemeinde verkaufen, wenn er möchte. Damit ist die Minderheitsposition, welche die SVP wünscht, dahin geschmolzen, wie der Schnee an der Sonne. Mit dem vorliegenden Antrag von Marco Palmieri kann nicht sichergestellt werden, dass man mittel- oder langfristig Personen zwingend in einer Minderheitsposition in der Betriebsgesellschaft einbinden kann.

## **Abstimmung Anträge**

Der Antrag von Marco Palmieri wird dem Antrag von Harry Lütolf gegenübergestellt  
Antrag Marco Palmieri

1. *A gemäss dem Gesetz über die Einwohnergemeinden des Kantons Aargau (GG § 20, Abs. 2 lit. g) sich an der Sportpark Bünz matt AG mit CHF 3 Mio. zu beteiligen, unter der Voraussetzung, dass die Einwohnergemeinde Wohlen Mehrheitsaktionärin ist und bis 75% der Aktien hält.*

Antrag Harry Lütolf

1. *A gemäss dem Gesetz über die Einwohnergemeinden des Kantons Aargau (GG § 20, Abs. 2 lit. g) sich an der Sportpark Bünz matt AG mit CHF 3 Mio. zu beteiligen, unter der Voraussetzung, dass die Einwohnergemeinde Wohlen Mehrheitsaktionärin dieser Gesellschaft ist.*

Antrag Marco Palmieri	7	Stimmen
Antrag Harry Lütolf	28	Stimmen
Enthaltungen	2	Stimmen

Der Antrag von Harry Lütolf obsiegt und wird dem Antrag des Gemeinderates gegenübergestellt.

Antrag Gemeinderat	0	Stimmen
Antrag Harry Lütolf	32	Stimmen
Enthaltungen	5	Stimmen

Der Antrag von Harry Lütolf obsiegt.

## Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

1. *Gestützt auf den Einwohnerratsbeschluss vom 20. Juni 2016 und die Volksabstimmung vom 25. September 2016 wird der Gemeinderat ermächtigt,*

*A. gemäss dem Gesetz über die Einwohnergemeinden des Kantons Aargau (GG §20, Abs. 2, lit g) sich an der Sportpark Bünz matt AG mit CHF 3 Mio. zu beteiligen unter der Voraussetzung, dass die Einwohnergemeinde Wohlen Mehrheitsaktionärin dieser Gesellschaft ist.*

wird mit 32 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme zu 4 Enthaltungen zugestimmt.

*B. der Eisbahn Wohlen Genossenschaft einen Baurechtsvertrag über eine Fläche von 3'876 m<sup>2</sup> auf der Parzelle 3914 gemäss beiliegendem Vertrag abzuschliessen.*

wird mit 35 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen zugestimmt.

*C. eine Leistungsvereinbarung mit der Eisbahn Wohlen Genossenschaft für die Führung des Sportpark Bünz matt gemäss beiliegendem Vertrag abzuschliessen.*

wird mit 35 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen zugestimmt.

*D. die Baugemeinschaft Sportpark Bünz matt (einfache Gesellschaft) mit der Eisbahn Wohlen Genossenschaft gemäss beiliegendem Vertrag zu gründen.*

wird mit 35 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen zugestimmt.

2. *Bewilligung von zusätzlich 100 Stellenprozenten bei der Abteilung Planung, Bau und Umwelt ab 1. März 2017. Bis zur Anstellung der gesuchten Person dürfen die Leistungen für die Gesamtprojektleitung Sanierung Schwimmbad und Nebensportanlagen extern eingekauft werden.*

wird mit 25 Ja-Stimmen zu 11 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

*Aufgrund der Zustimmung des Antrages 2 durch den Einwohnerrat, entfällt die Abstimmung über den Antrag 3.*

**Bericht und Antrag 13126 Periodische Wiederinstandstellung (PWI) der Hauptwege, Hofzufahrten und Drainagen im Landwirtschaftsgebiet**

Die beiden Traktanden 13126 und 13127 werden gemeinsam behandelt. Die Abstimmungen darüber finden getrennt statt.

Hoffmann Thomas, GPK: In der GPK wurden beide Vorlagen zusammen vorgestellt, weil sie eng miteinander verbunden sind. Daher äussert sich die GPK direkt zu beiden Vorlagen.

Im Traktandum 6 geht es um eine periodische Wiederinstandstellung der Landwirtschaftswege, Hofzufahrten und Drainagen im Wert von rund CHF 800'000. Wobei die Gemeinde CHF 575'000 zu bezahlen hätte. Die andere Differenz von CHF 220'000 wird der Bund und Kanton bezahlen. Nach intensiver Diskussion lehnt die GPK den gemeinderätlichen Antrag mehrheitlich ab.

Im Traktandum 7 geht es um die Erneuerung der Entwässerungsanlage im Gebiet Obermatte von rund CHF 230'000. Wobei die Gemeinde mit CHF 90'000 belastet wird. Die Differenz von CHF 140'000 zahlt der Bund, der Kanton und die Ortsbürgergemeinde. Auch dieser gemeinderätliche Antrag wird von der GPK mehrheitlich abgelehnt.

Die Dringlichkeit und die Wichtigkeit dieser beiden Anträge konnte der Mehrheit der GPK nicht vermittelt werden. Die Kosten sind trotz dem Anteil vom Bund und Kanton immer noch sehr hoch. Netto rund CHF 670'000 auszugegeben und die Gemeinde zu belasten, nur damit man vom Bund und Kanton CHF 310'000 und von der Ortsbürgergemeinde CHF 50'000 erhält. Dies kann kein Argument sein. Wohlen muss die notwendigen Ausgaben und Wunschausgaben trennen. Die Kostenbeteiligung der Hauptnutzer wurde ebenfalls angezweifelt. Die Mehrheit der GPK ist der Meinung, dass die Reglemente anders aussehen würden, wenn die Berichte und Anträge vor der Genehmigung der Reglemente in den Einwohnerrat gekommen wären. In dem Fall müsste das Reglement über die Sicherung und den Unterhalt der subventionierten Meliorationswerke im Gemeindegebiet überarbeitet werden. Und die effektiv verursachten Kosten angepasst werden. Daher empfiehlt Ihnen die GPK die beiden Anträge abzulehnen.

Donat Ruedi, Gemeinderat: Ich danke Thomas Hofmann für seine Erläuterungen zu den beiden Geschäften. Ich möchte jedoch noch zwei bis drei Ergänzungen anbringen. Ich beginne mit dem Reglement, welches seit dem 1. Januar 2014 in Kraft ist. Die meisten hier im Saal haben diesem Reglement damals zugestimmt. Es verstösst eigentlich gegen Treu und Glauben, wenn wir jetzt nicht nach diesem Reglement handeln. In diesem steht ganz klar, dass die Flurwege grösstenteils im Eigentum der Gemeinde sind und auch entsprechend unterhalten werden müssen. Im Bericht und Antrag sind die Bilder der Hauptwege Hofzufahrten abgebildet. Auf diesen ist ersichtlich, in welchem Zustand sich die Wege heute befinden. Sie weisen ausgefahrene Fahrspuren auf. Wenn es Löcher darin gibt, kann das Wasser nicht mehr abfliessen und es gibt viel schneller Löcher darin, weil das Wasser liegen bleibt. Das wird von der Gemeinde jeweils repariert und wieder instand gestellt. Die Gemeinde tätigt den notwendigen Unterhalt. Mit dem vorliegenden Projekt beabsichtigen wir eine Wiederinstandstellung. Es ist nicht vorgesehen, neue Strassen zu bauen, sondern die alten zu reparieren. Das heisst, sie werden wie leicht bombiert, damit das Wasser entsprechend wieder abfliessen kann und in der Kulturfläche draussen versickern. Das wird mit dem regelmässigen Unterhalt nicht gemacht. Irgendwann steht die Gemeinde auch in diesem Fall in der Pflicht und muss die Wege erneuern.

Die PWI-Projekte wurden vom Kanton gestrichen, da dieser leider auch zu wenig finanzielle Mittel zur Verfügung hat. Wohlen ist das einzige Projekt, welches noch Unterstützung findet. Der Bund zahlt nur daran, wenn der Kanton sich auch beteiligt. Der Kanton beteiligt sich nur, wenn die Gemeinde ein Projekt hat, dass vorfinanziert wird.

Im Zusammenhang mit dem Hochwasserrückhaltebecken (HRB) wurden diese Projekte aufgegleist. Das HRB wird diesen Sommer eingeweiht. Ebenfalls möchte man bei den Drainagen wieder eine funktionie-

rende Entwässerung. Während den Verhandlungen versuchten wir zu erreichen, dass die Kosten allenfalls vom HRB-Projekt übernommen werden. Daraufhin haben sie uns mitgeteilt, dass die Drainagen vor dem 2. Weltkrieg erstellt wurden. Die Anlagen sind amortisiert. Der Kanton und die Beteiligten teilten mit, dass wenn die Anlage amortisiert ist, dann ist der Eigentümer wieder dafür verantwortlich. Und dies ist die Gemeinde.

Auf den Plänen ist ersichtlich, welche Drainagen auf die Rechnung des Projektes HRB gehen und welche auf das Projekt der Grundeigentümer und der Einwohnergemeinde. Weil in dem Perimeter die Ortsbürger mehrheitlich Grundeigentümer sind, bezahlt die Ortsbürgergemeinde die berechneten CHF 50'000 an die Drainage. Man kann heutzutage aus finanziellen Aspekten immer alles zurückstellen. Irgendwann muss allerdings eine Investition gemacht werden, um den Wert der Anlagen zu erhalten.

Gemäss § 15 des Unterhaltsreglements ist klar definiert, dass der ungehinderte seitliche Wasserabfluss von der Wegoberfläche gewährleistet sein muss. Weiter sind die Kosten des Unterhalts der Flurwege durch die Einwohnergemeinde zu tragen. Das sind alles Argumente, die dafür sprechen, damit man dem Kredit zustimmen sollte.

Die GPK kritisierte, dass die Bauern mit ihren schweren Fahrzeugen die Wege kaputt machen und deshalb auch die Kosten für die Instandstellung übernehmen sollten. Dies nehme ich zur Kenntnis. Dies ist an vielen Orten vielleicht auch so. Vier Teilstücke werden allerdings auch massiv öffentlich genutzt. Die Angliker nehmen beispielsweise oft die Verbindungsstrasse Sorenbühlweg um nach Anglikon zu gelangen, wenn die Hauptstrasse vorne viel Verkehr hat. Auch die Verbindungsstrasse beim Reservoir nach Rüti wird oft als Umfahrung genutzt sowie auch die Verbindungswege auf Waltenschwil, obere Haldenweg, auf Waltenschwil von Bremgarten her. Das gleiche gilt auch für den Sonnezytweg in der Hochwacht oben. Dieser wird ebenfalls viel von den Autofahrern benutzt und nicht von den Bauern. Das sind öffentlich rechtliche Wege, welche mit diesem Projekt repariert und unterstützt werden. Die Schuld für die schlechten Zustände der Wege kann nicht den Bauern gegeben werden. Das sind rund 3,5 km Weg mit öffentlichem Interesse. Ich bitte Sie den Vorlagen zuzustimmen. Es kommt günstiger über das Gesamte gesehen, als wenn man die Investition auf die Jahre verteilt.

### **Fraktionsmeinungen**

Stirnemann Alex, SP: Wer sich während oder nach einem Regenfall hinaus traut in die Landschaft, dem sollte auffallen, dass die Felder von den betroffenen Drainageleitungen oftmals überflutet sind. Und dies nicht nur ein bisschen und auch nicht nur für 10 Minuten. Teilweise sogar für eine Woche. Folglich sind die 70-jährigen Leitungen, in denen das Wasser abfliessen sollte, wieder instand zu stellen, denn sie sind nicht mehr funktionsfähig und erfüllen ihre Aufgabe nicht mehr. Ich möchte insbesondere mein Wort an die SVP wenden, da diese die ehemalige Bürger und Bauern Partei ist und sich nach wie vor immer noch für die Bürger und Bauern stark macht. Daher finde ich, dass sich die SVP folglich für die Erneuerung der Entwässerung der Landwirtschaftsfelder einsetzen sollte.

Ich erachte es als wenig schlau, wenn wir so weiterfahren und unsere Investitionen, die absolut nötig sind, hinausschieben. Es sollte endlich eine andere Strategie gewählt werden. Die Probleme sollten dann beseitigt werden, wenn sie anstehen. Das ist hier der Fall. Ein weiterer wichtiger Punkt beim vorliegenden Geschäft ist, dass wir uns als Gemeinde an unsere eigenen Reglemente halten sollten. Alles andere erscheint mir als wenig glaubhaft.

Wir haben jetzt die Möglichkeit die Projekte mit der Unterstützung von Bund und Kanton anzugehen. Diese Subventionen werden wir nicht immer haben. Wir sollten die Gelegenheit nun nutzen und den Projekten zustimmen.

Isler Roger, CVP: Jede Infrastruktur hat eine gewisse Lebenszeit. Mit einem guten Unterhalt kann man manchmal die Lebensdauer ein bisschen verlängern. Irgendwann kommt jedoch der Zeitpunkt für einen Ersatz oder für eine Renovation. Hier sind wir bei einer Renovation angelangt. Eine Analyse und eine gute Planung ist hilfreich für die Prioritätensetzung und im Idealfall Geld bereit zu haben um genau solche Investitionen zu machen. In diesem Fall haben wir ein Konzept und die Finanzierung vom Unterhalt ist im

Reglement geregelt. Die Landbesitzer zahlen übrigens auch einen Beitrag in die Kasse der Gemeinde. Trotz der Sparbremse, welche im Moment im Kanton Aargau greift, haben wir Subvention vom Bund und Kanton. Der Bedarf ist aus Sicht der CVP gerechtfertigt. Die Finanzen sind geregelt und es ist auch schon im Finanzplan enthalten. Die Zuschüsse vom Bund und Kanton sind ein Plus, welche uns helfen, die Kosten der ganzen Aktion tiefer zu halten als wenn wir es alleine finanzieren müssten. Würden wir das Projekt hinausschieben, würden wir auch keine Beiträge vom Bund und Kanton mehr erhalten. Ob wir damit etwas sparen, weiss ich nicht. Die CVP unterstützt grossmehrheitlich den Bericht und Antrag.

Noch etwas zum Thema privat und öffentlich. Über 80% der Strassen sind öffentlich. Ruedi Donat hat vorher erklärt, welche es betrifft. Ebenfalls sind diese auch auf dem Plan ersichtlich. Bei den privaten Geschichten hat man zum Teil auch historische Versäumnisse. Man hat Wege, welche sich zur Hälfte im privatem und zur Hälfte im öffentlichen Eigentum befinden. Das kennt man sehr häufig bei Quartierstrassen in der Gemeinde Wohlen. Früher ging dies immer nach dem Motto: *«Wenn es die privaten haben, dann kostet es die Gemeinde nichts.»* Sie kennen vielleicht solche Beispiele. Das sind häufig die Privatstrassen und Quartierstrassen, welche sich in einem desolaten Zustand befinden. Diese kann man eben nicht sanieren, weil alle Beteiligten daran zahlen müssten und man sich einigen müsste.

Betreffend der Drainagen in der Obermatte funktioniert das System solange man nichts daran macht. In diesem Fall musste man wegen dem Regenrückhaltebecken etwas daran machen. Daher gibt es eine Anpassung des Systems. Es ist ein relativ heikles Terrain dort. Es ist flach und war daher früher auch versumpft. Dementsprechend hat man sehr kleine Gefälle in den Leitungen. Wenn an diesen nur wenig verändert wird, dann ist die Chance gross, dass es gar nicht mehr funktioniert. Daher ist es wichtig, dass man dies jetzt anpasst und die Sache neu löst und dass die Problemzone ergänzt wird, damit dies wieder sauber abläuft.

Als damals die Drainagen und Wege gemacht wurden mit der Melioration, hat man ganz bewusst das Land der Bünz abgerungen als Produktionsfläche. Die Bünz ist übrigens der grösste Bach im Kanton Aargau und sie ist kein Fluss. Wenn man möchte, dass das Land weiterhin Produktionsfläche ist, muss man auch dazu schauen und dafür besorgt sein, dass die Drainagen sauber laufen. Auch diesen Bericht und Antrag stimmen wir grossmehrheitlich zu.

Büchi Roland, SVP: Dass es sinnvoll ist in bestehende Projekte, in unserem Fall in das Strassennetz zu investieren, ist uns allen klar. Aber die beiden Vorlagen kommen zu einem sehr ungünstigen Zeitpunkt. Die Gemeinde Wohlen muss in nächster Zeit diverse Projekte stämmen, welche sehr kostenintensiv sind. Da bleibt für die „nicht dringenden“ Arbeiten kein Geld übrig. Mit Teer die Risse auffüllen und mit Mergel und ein bisschen Split, das hält nicht lange und bringt nicht viel. Sind wir doch einmal ehrlich. Die Strassen und Wege sind nicht in so einem schlechten Zustand. Grundsätzlich sollte man sich aber fragen, wenn die Strassen und Wege in so einem schlechten Zustand sind, wer diese benützt. Das sind hauptsächlich Fussgänger, Wanderer, Biker, Jogger und Bauern. Dass man die erst genannten nicht für das schlechte Strassennetz verantwortlich machen kann, ist vermutlich allen klar. Anders sieht es bei den Bauern aus, welche mit ihren Traktoren und Erntemaschinen, die jedes Jahr grösser und schwerer werden, hauptsächlich die Strassen und Wege benützen und somit hauptverantwortlich für die Strassen und Wege sind. Da ist es für den einfachen Bürger schwer nachvollziehbar, dass die Gemeinde, respektive die Allgemeinheit, dafür aufkommen soll. Dasselbe gilt auch für den Bericht und Antrag 13127 Erneuerung Entwässerungsanlage im Gebiet Obermatte. Es mag ja durchaus sein, dass die Leitungen der Entwässerungsanlage nicht mehr die Neusten sind, aber wenn man mit so grossen und schweren Maschinen auf dem Land herum fährt, verwundert es natürlich niemand, wenn die Drainagen kaputt gehen. Da die Maschinen alle Jahre grösser und schwerer werden, bleiben vermutlich die Kunststoffrohre nicht lange ganz. Da sollte wie beim Bericht und Antrag 13126 nach dem Verursacherprinzip verfahren werden. Die Fraktion SVP ist bei den beiden Vorlagen geteilter Meinung und wird die beiden Vorlagen mehrheitlich ablehnen.

Burkard Thomas, Grüne: Wir werden beiden Anträgen einstimmig zustimmen, obschon sie sehr teuer sind. Uns ist klar, dass es sich beim Strassenunterhalt und bei den Drainagen um teure Arbeiten handelt. Das wissen wir auch von den normalen Gemeinde- und Kantonsstrassen, welche wir alle befahren. Im Landwirtschaftsgebiet, in dem wir keine „normalen“ Strassen bauen, sondern Flur- und Feldwege, sind auch Unterhalt und die Instandstellung notwendig.

Was für uns ganz bedeutungsvoll ist, ist das Reglement, welches der Einwohnerrat per 1. Januar 2014 verabschiedet und in Kraft gesetzt hat. Man konnte dann das Reglement recht komfortabel genehmigen und in Kraft setzen. Gemeinderat Ruedi Donat hat es bereits erwähnt, dass darin ganz klar geregelt ist, wie man vorgehen muss. Jetzt geht es um die Umsetzung des Reglements.

Thomas Hofmann sagt, dass der Einwohnerrat mit dem heutigen Wissenstand anders vorgehen würde und das Reglement wieder anpassen würde. In meinen Augen widerspricht das im Treu und Glauben. Die Gemeinde kann so kein verlässlicher Partner sein gegenüber Landwirten und der Allgemeinheit, welche die Wege ebenso benützen. Gehen Sie mal joggen, dann sehen sie wie viel Menschen diese Wege benützen. Ich bin der Meinung, dass die Gemeinde diesen Schritt der Umsetzung machen muss, denn mit jedem Jahr, in welchem wir nichts machen, wird es teurer.

Wir haben jetzt noch die Gelegenheit Subventionen im Betrag von CHF 300'000 abzuholen. Zu einem späteren Zeitpunkt werden wir alles selber bezahlen müssen und die Wiederinstandstellung wird ganz sicher irgendwann ein Thema werden. Leider wird in der Gemeinde Wohlen vieles immer wieder hinausgeschoben. Roland Büchi argumentierte damit, dass der Zeitpunkt schlecht sei. Aber dann darf er mir gerne die Auskunft erteilen, wann denn der Zeitpunkt günstig ist. Die Ausführung der beiden Projekte wird wohl immer ungünstig sein. Ich appelliere an die Vernunft. Ich bin sehr oft in den Obermatten, sei es als Jogger oder als Ornithologe. Es liegt sehr viel Wasser auf den Feldern in der Obermatte. Gehen Sie dies bitte mal anschauen. Das liegt tatsächlich an den Drainagen. Diese sind verstopft und zu alt und müssen dringend saniert werden.

Der Kanton hat jetzt das Hochwasserrückhaltebecken mit einem enormen Aufwand erstellt und die Drainage in diesem Gebiet, wo der Damm entstanden ist, wird vollständig saniert. Dies passiert jetzt. Also haben wir doch jetzt der richtige Zeitpunkt um die angrenzende Drainage in der Obermatte zu sanieren. Ich finde, dass wir die Synergien nutzen sollten. Wenn der Rat den ersten Bericht und Antrag ablehnen sollte, weil er zu teuer ist, dann bitte ich Sie mindestens dem zweiten Antrag von der Obermatte anzunehmen.

Ich bin Mitglied in der gemeinderätlichen Natur- und Landwirtschaftskommission, die paritätisch aus drei Landwirten und drei Natursachverständigen zusammengesetzt ist. Die Kommission hat ebenfalls über das Projekt diskutiert. Alle drei praktizierenden Landwirte sagen, dass beide Anträge jeweils ein dringendes Projekt darstellen. Ich möchte, dass man auch auf diese Stimmen hört und diese Klientel nicht vergisst.

Frischknecht Julia, GLP/EVP: In unserer Fraktion herrscht eine geteilte Meinung. Natürlich sehen wir, dass das jetzt eine gute Möglichkeit ist, die Gelder vom Kanton und dem Bund in das Projekt einzubinden. Das ist auch eine einmalige Gelegenheit, die man ergreifen kann. Es ist klar, dass es gemacht werden muss. Negativ hingegen ist, dass das Geld lieber für Grossprojekte verwendet werden sollte statt dafür. Weiter sind wir der Meinung, dass die grossen und schweren Maschinen der Landwirte hauptsächlich für die Schäden an den Flurwegen sowie vermutlich auch an den Drainagen verantwortlich sind. Die Verursacher sollten finanziell stärker in die Pflicht genommen werden.

Dörig Werner, FDP/Dorfteil Anglikon: Die zwei Vorlagen werden grundsätzlich nicht in Frage gestellt. Kernaussage und Geist dieser Vorlagen ist jedoch, dass der Kredit aufgrund der Fristen dringend zu sprechen ist, um die vom Bund und Kanton in Aussicht gestellten Beiträge von rund CHF 380'000 nicht zu verlieren. Wir haben uns nicht aufgrund des Zeitdruckes und den in Aussicht gestellten Anteile leiten lassen, sondern vom Grundsatz: „Was ist notwendig“. Es ist wünschbar, dass die Wiederinstandstellung der Hauptwege der Zufahrten sowie die Sanierung der Drainagen vorgenommen werden. Wir sind hier in Wohlen stark getaktet von Notwendigkeiten. Wir sind getaktet vom Volksauftrag Sportpark Bünz matt. Wir sind getaktet von maroden Heizungen. Wir sind getaktet von der Schulraumplanung und so weiter. Wir können vorliegendenfalls nicht erkennen, dass Gefahr im Verzug vorliegt und dass die Wiederinstandstellung und Sanierung unaufschiebbar sind. Für die Fraktion stehen in den beiden Vorlagen finanzpolitische Überlegungen und deren Auswirkungen auf die Finanzlage der Gemeinde als Entscheidungsgrundlage ganz eindeutig im Vordergrund. Die FDP und Dorfteil Anglikon werden den beiden Vorlagen nicht zustimmen.



## Einzelvoten

Isler Roger, CVP: Betreffend dem Befahren der Wege mit schweren Maschinen möchte ich eine Ergänzung anbringen. Es ist so, dass die Landmaschinen in den letzten Jahren tendenziell schwerer geworden sind. Dies hat auch mit der Produktionsmethode zu tun, weil man rationeller Arbeiten muss und weil der Menschheit heutzutage das Essen eigentlich nichts mehr Wert ist. Es ist nicht zwingend so, dass die Maschinen diese Strassen kaputt machen. Es gibt zwar extrem grosse und schwere Maschinen, wie Vollernter für Rüben, Kartoffeln etc., welche zum Teil ein bisschen problematisch sind.

Aber zum Beispiel bei den Traktoren wurden mit den Jahren die Reifen immer breiter. Dies hat einen einfachen Grund. Der breite Pneu verteilt das Gewicht des Traktors auf eine grössere Fläche. Somit verringert sich der punktuelle Druck an einer Stelle und in der Folge wird der Boden geschont und geht weniger kaputt. Man kann dies auch mit einem Schneeschuh vergleichen. Weiter lassen die Bauern teilweise etwas Luft aus den Pneus, damit sich der Druck noch weiter verringert. Schwere Maschinen belasten die Wege sicher, jedoch bedeutet dies nicht generell, dass sie für sämtliche Schäden verantwortlich gemacht werden können.

Brunner Edwin, SVP: Bedenken Sie bitte, wer das tagtäglich für unser Essen verantwortlich ist. Beurteilen Sie erst dann über die Wege. Wir müssen diese nun erneuern, denn wir wollen jeden Tag zu essen. Die Landwirte machen uns dieses Essen.

Muff Josef, SP: Nun kommen wir zu meinem Lieblingsthema. Wir schieben wieder Sachen herum, die dann auch später wieder nicht zum richtigen Zeitpunkt kommen. Das alte Lied, in dem wir uns befinden. Wir schieben ein bisschen, wir probieren ein bisschen, wir verschenken Geld. Dies haben wir schon mehrmals gemacht. Da verstehe ich die Welt nicht mehr. Wir haben hier ein Geschäft, dessen Ausführung dringend notwendig ist. Wir bekommen unser Essen von den Landwirten. Ich bin der Meinung, dass wir Sorge zu unserem Land tragen sollten. Wir sollten die Unterhaltsarbeiten machen, die uns auferlegt sind. Man hat ein Reglement erstellt, in welchem die Ausführungen diese Unterhaltsarbeiten geregelt sind und dennoch spricht sich der Einwohnerrat Wohlen dagegen aus. Ich bin sicher, dass die Ortsbürgergemeinde ihren Teil dazu leisten wird. Es ist nun wichtig, dass wir diesen Schritt machen. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung.

Lütolf Harry, CVP: Es ist schon erstaunlich, dass die SP, die CVP und die Grünen für die Bauern und Landwirte die Kohle aus dem Feuer holen müssen. Dass sich ausgerechnet die SVP zusammen mit der FDP und einem Teil der GLP gegen die Landwirte stellt. Es ist das ureigene Interesse der Landwirte. Es wurde bereits in der zuständigen gemeinderätlichen Kommission gesagt. Die Landwirte haben sich klar für diese Vorlage ausgesprochen. Für mich ist die Haltung der Gegner unglaublich. Wir haben es jetzt hier ausgewiesen. Mit beinahe 40% handelt es sich um einen grossen Teil, welcher durch den motorisierten Verkehr in Anspruch genommen wird. Jeder von uns darf darauf mit dem Mofa oder Auto fahren. Es sind in dem Sinne öffentliche Strassen. Jede öffentliche Strasse muss einmal saniert werden. Das ist doch eine absolute Selbstverständlichkeit. Auch bei den Privatwegen haben wir uns versichern lassen, dass diese jeder benutzen darf. Es kann kein Bauer kommen und sagen, dass man nicht darauf laufen oder Velo fahren darf. Es gibt öffentliche Weg- und Fahrrechte, die jeder in Anspruch nehmen darf.

Bezüglich des Geschäfts der Drainagen glaube ich, dass sich unsere Gross- und Urgrossväter in ihren Gräbern umdrehen würden, wenn sie die heutige Diskussion mitbekommen würden. Sie haben vor 70 Jahren oder noch länger zurück der Bünz Land abgerungen. Durch die Drainage konnte man das Landwirtschaftsland nutzbar machen. Man kann unsere Lebensmittel darauf produzieren. Jetzt möchte die nachfolgende Generation dieses Land verganden lassen. Es ist unabdingbar, dass diese Drainagen gemacht werden. Ansonsten kann man dieses Landwirtschaftsland nicht mehr bewirtschaftet und nicht mehr darauf produzieren. Die Notwendigkeit ist ausgewiesen. Ich bitte daher um Ihre Zustimmung zu den beiden Vorlagen.

Meier Cyrille, SP: Ich störe mich an der Aussage, dass der Zeitpunkt falsch sein soll. Auch in 10 oder 15 Jahren ist es nicht der bessere Zeitpunkt. Eine Umsetzung würde jedoch tendenziell mehr Kosten. Denken Sie daran, dass die Subventionen zu diesem Zeitpunkt wegfallen werden. Wir müssen uns einfach bewusst sein, dass die Schäden grösser werden können. Die Drainagen sind dann noch älter und dem-

entsprechend kann auch mehr Schaden entstehen. Aus diesem Grund entsteht auch der Schaden für die Landwirte, so dass sie unser kostbares Gut, die Lebensmittel, nicht mehr ernten können. Ich frage mich, was passiert, wenn ein solcher Schaden entsteht. Schlussendlich sind wir noch haftbar, weil wir die Drainagen nicht wieder in Stand gestellt haben. Weil wir es einfach versäumt haben. Ich bin der Meinung, dass es jetzt der richtige Zeitpunkt ist. Diese Chance müssen wir packen. Wir diskutieren immer wieder über Subventionen. Ich denke an das Projekt für die Heizung im Schulhaus Junkholz, bei welchem es versäumt wurde den Betrag von CHF 80'000 einzuholen. Vorliegendenfalls geht es jedoch um höhere Subventionen, welche wir erhalten können. Es ist wirklich ein gutes Projekt, welches wir jetzt in Angriff nehmen müssen.

Stäger Urs, SVP: Im Ausland können Bauern grössere Flächen mit kleineren Maschinen bewirtschaften. Aber bei unseren Bauern ist es so, dass wenn der benachbarte Bauer einen neuen Traktor hat, dann muss der anderen auch einen neuen haben.

Ich bezahle Steuern. Ein Teil davon geht an den Bund und ein Teil an den Kanton. Also sind letztendlich Subventionen auch Steuergelder. Nicht alle Mitglieder der SVP sind Bauern. Als sich die Auto-Partei aufgelöst hat, sind etliche zur SVP gekommen.

Es wird hier über einen allfälligen Verlust von Produktionsfläche gejammert. Der Sportpark Bünzmatt wird auf wunderbarem Land errichtet, welches man der Bünz abgerungen hat. Ebenso das Sportzentrum Niedermetten. Auch dieses wurde der Bünz abgerungen. Das sind alles Produktionsflächen. Dort wurde nicht gejammert. Aber die Hanglagen Zonen sie dann nicht ein.

Geissmann Thomas, FDP/Dorfteil Anglikon: Es ist tatsächlich immer das „alte Lied“. Es ist aber auch immer dasselbe mit der SP. Immer alles finanzieren mit immer höheren Steuern. Wir können alles machen und wir können uns alles leisten. Das sollte eben nicht so sein. Wir sind einfach in einer finanziellen Situation, in der man nicht alles machen kann. Wir haben in dieser Sitzung beschlossen, dass wir die Heizung sanieren. Dies müssen wir, denn das ist eine Notwendigkeit. Aber unsere Fraktion sieht hier nicht die absolute Notwendigkeit. Ich habe auch Mühe mit einer Aussage, dass wir Geld sparen können, wenn wir diese beiden Projekte durchführen. Ich habe noch gelernt, dass das gesparte Geld dasjenige ist, welches man nicht ausgibt. Wenn wir die Projekte durchführen und dafür Gelder vom Bund und Kanton erhalten und uns deshalb geringer Gesamtkosten entstehen, heisst das nicht, dass wir gespart haben. Wir geben trotzdem einen Haufen Geld aus. Wir müssen uns die Frage stellen, ob wir dies können und wollen. Und am meisten Mühe habe ich mit dem Klientelismus. Wir sind die Volksvertreter. Wir müssen hier entscheiden, was das Beste für unsere Gemeinde ist und nicht was das Beste für die Bauern ist. Das ist mir ein ganz wichtiges Anliegen. Es kann deshalb nicht angehen, dass man die SVP auffordert sich für die Bauern einzusetzen. Alle Parteimitglieder haben sich für die Gemeinde Wohlen einzusetzen.

Stirnemann Alex, SP: Ich nehme Bezug auf das Votum von Thomas Geissmann betreffend der SP, welche Investitionen fordert und einen höheren Steuerfuss dafür verlangt. In Wohlen wurde in den letzten 20 Jahren genau das Gegenteil gemacht. Man hat genau nichts investiert und wenn wir dies wieder machen, dann werden wir auch in den kommenden 20 Jahren nichts investieren und kommen so überhaupt nicht vorwärts. Ich erwarte vom Rat, dass er dies erkennt und etwas investiert. Damit sollten wir nicht immer in Engpässe hineinkommen.

Donat Ruedi, Gemeinderat: Mein Herz hat gejubelt, als die Landwirtschaft so gut dargestellt wurde. Ich bin leider der einzige Bauer hier im Saal. Früher hatte es mal vereinzelt einen Bauern, insbesondere bei der SVP. Wir haben momentan noch 21 aktive Bauern in Wohlen. Davon sind 11 direkt zahlungsberechtigte, d.h. das sind Bauern die wirklich noch aktiv sind in der Landwirtschaft. Ich kann Ihnen versichern, dass ich jeden einzeln persönlich kenne. Hier im Saal sind 80% SVP. Erklären Sie Ihren Mitgliedern wie sie dies den Bauern erklären möchten.

Nun noch etwas zur Sachlichkeit. Wir haben Ihnen einen Plan zugesandt, auf dem die Eigentümerverhältnisse in der Obermatte ersichtlich sind. Sie sagen, das müsse der Verursacher bezahlen aber die Eigentümer sind dafür verantwortlich. Laut Reglement müssen die Grundeigentümer einen Beitrag bezahlen. Es sind immerhin CHF 0.60 pro Aare, welche die Grundeigentümer an die Drainagespülungen und den Unterhalt bezahlen. Geschichtlich hat dies mit der Bünz-Korrektur zu tun. Die Ortsbürgergemeinde

und Einwohnergemeinde sind Grundeigentümer in diesem Perimeter. 70% des Landes gehört der Ortsbürgergemeinde und der Einwohnergemeinde. Sie können es drehen und wenden wie sie es möchten. Irgendwann kommt die Einwohnergemeinde an die Kasse, ob jetzt oder in ein paar Jahren.

Nun noch etwas zu den Schäden und den grossen Traktoren. Früher hat ein Pferd einen grösseren Schaden angerichtet als ein Traktor. Die Leitungen sind im Durchschnitt 1.20 m tief. Da kann kein Traktor eine Leitung kaputt machen. Es ist schade, dass solche Unwissenheit vorherrscht. Ich bitte Sie, richten Sie sich nach dem Finanzplan und dem Reglement.

Palmieri Marco, SVP: Wenn es heisst, dass diese Leitungen 1.20 m unter dem Boden sind, dann frage ich mich, wie man eine Drainage machen kann, wenn zur Bünz nur 15 cm Höhendifferenz vorliegt. Also auch dies funktioniert in dieser Hinsicht nicht. Was man sich hier drin prinzipiell mal fragen müsste, während einige gerne auf die SVP schiessen, ist der primäre finanzielle Aspekt. Wir hier drin sind Volksvertreter. Wir müssen abwägen und die Prioritäten setzen. Mit Geld um sich zu werfen ist kaum im Sinne von unserer Bevölkerung. Im Jahr 2013 wollten 66% des Volkes keine Erhöhung des Steuerfusses. Das müssen wir umsetzen und nicht das Wunschenken von einzelnen Personen.

### **Abstimmung**

Dem gemeinderätlichen Antrag

*Genehmigung eines Verpflichtungskredits für die periodische Wiederinstandstellung der Flurwege und Drainagen ausserhalb Baugebiet im Gesamtbetrag von brutto CHF 795'000 (inkl. 8% MWST), zuzüglich allfälliger teuerungsbedingter Mehrkosten ab 1. Januar 2018 (Basis 1. Quartal 2016).*

wird mit 18 Ja-Stimmen zu 18 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung und Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt.

**Bericht und Antrag 13127 Erneuerung Entwässerungsanlage (Drainage)  
im Gebiet Obermatte**

---

**Abstimmung**

Dem gemeinderätlichen Antrag

*Genehmigung eines Verpflichtungskredits für die Erneuerung der Drainageleitungen im Gebiet Obermatte in Wohlen im Gesamtbetrag von brutto CHF 228'700 (inkl. 8% MWST).*

wird mit 21 Ja-Stimmen zu 15 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

## **Postulat Zukunftsgestaltung des Kindes- und Erwachsenenschutzdienst (KESD) für die Gemeinde Wohlen/Anglikon**

---

Palmieri Marco, SVP: In diesem Postulat geht es um einen Antrag an den Gemeinderat mit der Bitte, die Zukunftsgestaltung des KESD neu zu prüfen. Weiter soll dem Einwohnerrat die Möglichkeit gegeben werden auf die Kosten und die Effizienz direkt Einfluss zu nehmen.

### **Die Begründung für die Überweisung**

Der KESD ist ein Gemeindeverband, welcher die Aufgaben (u.a. Führung von Beistandschaften) im Bezirk Bremgarten wahrnimmt. Gezwungenermassen ist dies durch die kantonalen Gesetze entstanden und es ist ein junger Verband. Ob diese Verbandslösung der richtige Weg für unsere Gemeinde ist und was es für bessere Alternativen geben könnte, ist das Gedankengut von diesem Postulat. Der Gemeinderat soll dringend über eine Alternativstrategie nachdenken und uns diese präsentieren. Ein möglicher Ansatz wäre es, unseren Sozialdienst auszubauen und die Aufgaben darin zu integrieren. Weitere Ansätze wären über einen Privatanbieter oder durch einen separaten Verband gewisse Dienstleistungen abzudecken. Dieser könnte flexibler auf unsere Wünsche eingehen.

Bereits heute sind von den 23 Gemeinden fünf Gemeinden ausgetreten. Ein weiterer Zerfall vom heutigen KESD-Verbandsmodell ist realistisch, da sich auch andere Gemeinden Alternativen überlegen. Genannte Gründe sind überrissene Kosten, Inflexibilität, Eingriff in das Gemeindegesetz etc.

Das vorliegende Postulat bittet den Gemeinderat sich über die zukünftige Strategie Gedanken zu machen. Dem KESD bezahlen wir jährlich CHF 750'000 Mio. Diese Ausgaben werden jedes Jahr weiter ansteigen. Von unserem jährlichen Fiskalertrag entspricht dies derzeit 2%. Das Ausgabensparpotenzial kann bis gut CHF 110'000 liegen. Wir sprechen immer nur über das Ausgeben und nie über das Sparen, denn dies ist unangenehm.

Des Weiteren sollten wir vorbereitet sein, wenn das heutige Verbandsmodell weiter zerfällt. Wir sollten diese Zeit nutzen und mittelfristig kostenorientiert denken. Ich bitte Sie daher sich über eine flexible Zukunftsgestaltung Gedanken zu machen. Wir müssen eine andere Lösung finden und die Gelegenheit nun nutzen. Je länger wir warten, desto schwieriger wird es etwas zu verändern.

Perroud Arsène, Gemeinderat: Dieses Thema fällt eigentlich in den Zuständigkeit und das Ressort von Bruno Breitschmid. Aufgrund seiner Doppelfunktion als Verbandspräsident des KESD und Gemeinderat, spreche ich zu diesem Thema. Ich vertrete somit die Haltung des Gemeinderates. Der Gemeinderat bittet Sie das Postulat abzulehnen.

Beim KESD handelt es sich, entgegen der Aussage von Marco Palmieri, nicht um einen jungen Verband, sondern um einen alten. Also genau das Gegenteil. Er entstand mit der Einführung der Amtsvormundschaft. Mit der Änderung des Kindes- und Erwachsenenschutzrechtes (KESR) wurde auch der Verband umbenannt von Amtsvormundschaft in Kindes- und Erwachsenenschutzdienst (KESD). Die Aufgaben und Aufträge sind mehrheitlich dieselben geblieben und kommen nun von der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) und nicht vom Gemeinderat. Im Kanton Aargau ist die KESB das Familiengericht. Es gibt also wenige Sachen, welche wir mitbestimmen können. Als Gemeinde sind wir jedoch gesetzlich dazu verpflichtet sicherzustellen, dass wir den Dienst anbieten und die Massnahmen, welche vom Familiengericht angeordnet werden umgesetzt werden.

Die neuen Satzungen des KESD sind seit dem 1. Januar 2017 in Kraft gesetzt. Es haben alle 19 Gemeinden diese Satzungen genehmigt. Mir ist nicht bekannt, dass noch weitere Gemeinden einen Austritt beabsichtigen. Mit den neuen Satzungen gibt es massgebliche Verbesserungen für die Gemeinde Wohlen.

Angefangen von den Stimmrechtsverhältnissen, welche nun zu Gunsten von uns ausgelegt werden bis hin zum vorteilhafteren Kostenteiler. Wir haben viel flexiblere Möglichkeiten für die Zusammensetzung des Vorstandes. Somit stimmt die Behauptung nicht, dass die Gemeinde Wohlen schlechter gestellt ist. Es ist nämlich genau das Gegenteil. Bei den Kosten des KESD handelt es sich zu rund 80% um Personalkosten. Bei jeder anderen Lösung entstehen ebenfalls Personalkosten. Ich garantiere Ihnen, dass es kein bisschen günstiger wird, wenn wir es selber machen. Wir hätten dieselben Aufwendungen wie sie jetzt der KESD auch hat.

Wir müssen uns bewusst sein, dass wir als Zentrumsgemeinde eine wichtige Funktion übernehmen. Aufgrund der vielen Fälle sind wir in diesem Verband stark vertreten und es ist unabdingbar, dass wir entsprechend gut funktionieren. Wir konnten in einem harten Verhandlungsprozess neue Satzungen erarbeiten, welche für die Gemeinde Wohlen wesentliche Vorteile bringen. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass wir nun auch hinter unserer Entscheidung stehen. Wenn die Gemeinde Wohlen nun aus dem Verband austreten würde und ihre Fälle selber bearbeitet, würden sich die anderen Verbandsgemeinden wohl seltsam vorkommen. Das Postulat könnte ein ganz gefährliches Zeichen an alle umliegenden Gemeinden setzen. Die Gemeinde Wohlen möchte gerne das Zentrum der Region sein. Wir übernehmen damit eine wichtige Funktion in der Region, sei es wenn es um grössere Investitionen geht oder wenn wir zentrale Dienste bei uns haben möchten.

Das Postulat verlangt die Zukunftsgestaltung neu zu prüfen. Dies haben wir doch gerade gemacht und es ergibt keinen Sinn, wenn wir dies schon wieder machen würden. Wir haben diese Zukunftsgestaltung neu geprüft. Aufgrund dessen wurden die neuen Satzungen ausgearbeitet, welchen Sie bereits zugestimmt haben. Bitte lehnen Sie die Überweisung des Postulates ab.

### **Einzelvoten**

Palmieri Marco, SVP: Das Votum des Gemeinderates wirft für mich Fragen auf. Der Verband wies die Mitgliedschaft von 22 Gemeinden auf. Wenn bis heute deren fünf ausgetreten sind, dann wären wohl noch 17 Gemeinden dabei und nicht 19. Weiter frage ich mich nach den Gründen für die Austritte. Auch interessiert es mich, wie die Strategie aussieht, falls noch weitere Gemeinden ihren Austritt geben. Es geht hier nicht um die Behandlung der Satzungen. Es geht darum, ob es Alternativen gibt und der Gemeinderat soll dies prüfen. Weiter ist abzuklären wie die Strategie mittelfristig aussieht und ob Kostensenkungen möglich sind. Sollten noch weitere Gemeinden ihren Austritt geben, bedeutet das, dass die Gemeinde Wohlen mehr Geld einbringen muss. Denn die Fixkosten würden unverändert bleiben.

### **Abstimmung**

*Das Postulat betreffend der Zukunftsgestaltung des Kindes- und Erwachsenenschutzdienst (KESD) für die Gemeinde Wohlen/Anglikon*

*wird mit 11 Ja-Stimmen zu 24 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.*

**Postulat 13121 betreffend Antrag auf Amtsenthebung von Walter Dubler**

---

Lanz Christian, SVP: Die SVP zieht das Postulat betreffend Antrag auf Amtsenthebung von Walter Dubler zurück.

**Antwort zur Anfrage 13098 betreffend Betriebs- und Gestaltungskonzept  
Zentralstrasse, Stand der Arbeiten**

---

Lütolf Harry, CVP: Die CVP ist nicht einverstanden mit der Antwort und verlangt die Diskussion.

**Abstimmung**

Der Antrag auf Diskussion wird mit 12 Ja- Stimmen zu 25 Nein-Stimmen abgelehnt.

Duschén Andrea, Präsident: Wir sind am Ende der heutigen Sitzung. Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am 20. März 2017 um 19.00 Uhr statt.

Der Präsident schliesst die Sitzung.

Für das Protokoll

  
Andrea Duschén  
Präsident Einwohnerrat

  
Michelle Steinauer  
Gemeindeschreiber-Stv.